

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart
11. Dezember 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunfer), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Hungerwahlen. Von Luise Zieg. — Paul und Laura Lafargue. — Die
Teuerung. (Für die Les- und Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder. —
Der Streik in der Berliner Damenkonfektion. Von H. Stähler. — Die
Landtagswahlen im Herzogtum Braunschweig und die Wahlrechtskämpfe.
Von o. g.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Stellungnahme der weiblichen
Funktionäre Groß-Berlins zur Reichstagswahl. Von Luise Zieg. — Eine
Frauenkonferenz für den Bezirk Oberhein. — Genossin Johanna Grün-
feld, Freiburg i. B. †. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — 5000 Tabakarbeiterinnen im Kampfe. Von g. n.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Landarbeiterfrage. — Frauenarbeit auf dem
Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Frauenstimm-
recht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Hungerwahlen.

So wie die Reichstagswahlen 1887 im Volksmund die „Faschingswahlen“ und die Wahlen von 1906/07 die „Hottentottenwahlen“ heißen, werden die Wahlen des Jahres 1912 den Namen bekommen: „Hungerwahlen“. Und wahrlich mit Recht.

Mögen die offiziellen und offiziellen bürgerlichen Schönfärber unsere Zustände noch so oft und in noch so verschiedenen Variationen erklären, die Behauptung sei eine arge Übertreibung, daß die Teuerung bereits zur Hungersnot gesteigert ist: unserer Ansicht bleibt — leider — doch die richtige. Das Zeugnis der Not und das Schönfärben seitens der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die versichern, an „unserer bewährten Wirtschaftspolitik“ festhalten zu wollen, trägt höchstens dazu bei, die tiefe Erbitterung und den lodernden Zorn der ausgebeuteten und notleidenden Massen noch mehr zu entfachen. Müssen sie doch solche Redensarten als bitteren Hohn empfinden, den sie zu ihren vielen Entbehrungen als Draufgabe erhalten.

Freilich, wenn die Herrschaften, die uns der Abertreibung, der Schwarzfärberei zeihen, unter Hunger nur den Mangel jeglicher Nahrung verstehen oder wenigstens nur eine teilweise Füllung des Magens, so mögen sie zum Teil recht haben. Jedoch der Begriff Hunger faßt heutzutage wahrhaftig noch anderes in sich und nicht weniger Schlimmes. Es ist die leider so weitverbreitete Unterernährung, die unzulängliche Qualität und die mangelhafte Zusammensetzung der Speisen. In diesem erweiterten Sinne muß natürlich der Begriff verstanden werden, so entspricht es dem, was uns die Wissenschaft über die Ernährung des Menschen lehrt. Läßt man das gelten, so gibt es nicht erst seit gestern und heute, sondern seit Jahren weite Volksschichten, die hungern. Der Umfang dieser Schichten ist durch die gegenwärtigen ungewöhnlich hohen Lebensmittelpreise stark vergrößert worden. Und neben ihnen stehen die vielen, vielen Habenichtse, die buchstäblich hungern müssen. Unvergessen sind noch die Zahlen des Jahres 1908, die uns ländeten, daß in den deutschen Städten mit mehr als 10000 Einwohnern 22000 Kinder im Sommer und 36000 im Winter ohne Frühstücksbrot in die Schule kamen und 179000 kein warmes Mittagbrot erhielten. Welch furchtbare Anlage gegen eine Gesellschaft, in der der Reichtum sich prozig spreizt. Wollte

man in diesem Winter die Enquete wiederholen, es würden noch weit schlimmere Glendssbilder entrollt werden.

Es sind erschütternde Szenen, die sich vor den Freibänken abspielen, wo die Frauen sich drängen, um ein Stück des feilgebotenen minderwertigen Fleisches zu erschaffen, weil es doch ein paar Pfennig billiger ist. Es schneidet durchs Herz, wenn man Zeuge sein muß, wie ein zwölf- bis dreizehnjähriges Mädchen den Einkaufszettel weinend wieder und wieder überrechnet, weil die Endsumme mit dem Gelde nicht stimmen will, das die Mutter zum Einholen mitgab. Sie hatte noch mit den alten Preisen gerechnet, während inzwischen dies und jenes abermals verteuert worden ist. Kann man es ruhig mit ansehen, wenn eine Frau auf die Mitteilung des Krämers oder Bäckers über eine neue Preiserhöhung seufzend erklärt, „na, da muß ich eben weniger nehmen“. Aber noch schlimmer, noch härter als all das ist es, wenn eine Mutter die Bitte ihres hungrigen Kindes um Brot abweisen muß, weil sie keines mehr hat! Und all diese Not bei einer hochentwickelten industriellen Technik, die die Ergiebigkeit der Arbeit märchenhaft steigert, bei einem Bodenertrag, den die Anwendung der verschiedensten Wissenschaften auf die Agrikultur stark erhöht hat. Glend der Massen angefaßt des fabelhaften Reichtums, den sie durch ihrer Hände Arbeit erzeugen! Kann es einen größeren Wahnsinn geben? Hüben der Geldstrom, der unaufhörlich anschwellend sich in die unergründlichen Geldschränke einer verhältnismäßig kleinen Zahl Besitzender ergießt, drüben der stärker und stärker steigende Strom der Habenichtse, denen das Nötigste fehlt, aus deren Hirn und Knochen das blinkende Gold gemünzt wird: das ist das Bild des hochentwickelten Kapitalismus — des Kapitalismus, der dank seiner Natur unfähig geworden ist, seine Lohnsklaven zu ernähren. Betrachten wir den gegenwärtigen Stand der Dinge näher, so finden wir das Folgende. Die Profitgier des Kapitals treibt zur größtmöglichen Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Das Ideal des Unternehmers ist lange Arbeitszeit, intensive Art der Arbeit, möglichst niedriger Lohn. Die niedrigen Löhne bedingen Einschränkung des Konsums der ausgebeuteten Massen. Die Einschränkung muß zunehmen, wenn dank der Kartellierung der Unternehmer und dank dem auf die Spitze getriebenen Zoll- und Steuerwucher die Preise der Waren in Industrie und Landwirtschaft fortgesetzt in die Höhe gehen. Der in der Folge entstehende gewaltige Warenüberschuß soll aber abgesetzt werden. Dazu verlangen die überschüssigen Produktionsmittel und Kapitalien nach Verwendung, die Profit heßt. Bei der Jagd nach Absatzgebieten im Ausland erscheinen den herrschenden Klassen die organisierten Machtmittel des Staates: Militarismus und Marinismus als beste und wirksamste Waffen. Die Rüstungen zu Lande und zu Wasser verbürgen außerdem den Besitzenden ein brillantes Geschäft. Sowohl den Lieferanten der Kanonen, Gewehre, Montierungsstücke, Fourage und Baumaterialien für Kasernen und Schiffe als auch den Finanzfürsten, die dem Staate das notwendige Geld für Rüstungen leihen. Ganz zu schweigen von der Brachlegung vieler Arbeitskräfte im Heer und in der Marine, eine Brachlegung, die die Entwicklung aufhält: Die fortgesetzt steigen-

den Ausgaben für das Heer, die Marine, die Kolonien und was damit zusammenhängt, werden aus dem Ertrag der indirekten Steuern und Zölle bestritten. Das besagt nichts anderes, als daß sie in der Hauptsache den breiten Massen des arbeitenden Volkes aufgeholt werden. Wie wir schon andeuteten, wird in der Folge der Konsum des Volkes eingeschränkt, seine Lebenshaltung verschlechtert, die Menschenkultur herabgedrückt, aber auch die übrige Kulturentwicklung hintangehalten. Das hängt so zusammen: Die Unternehmer können durch ihre Kartellierung eine Monopolstellung erhalten, denn ihr Zusammenschluß schaltet die Konkurrenz im Inland aus. Die Zollmauern schützen sie außerdem vor der Konkurrenz des Auslandes. Die Herren sind also in der Lage, die Preise, und zwar sehr hohe Preise, diktieren, ihr Profitbedürfnis ausgiebig befriedigen zu können. Der Profit hunger, der bei freier Konkurrenz zum Agens, zur treibenden Kraft technischer und sonstiger Verbesserungen des Produktionsverfahrens wurde, ist damit teilweise ausgeschaltet und unwirksam geworden. Die Weiterentwicklung ist zwar nicht gehindert, aber gehemmt.

Zu dieser Hemmung der Entwicklung der Produktionsmittel und der Produktionsmethoden kommt die der Produktion selbst. Einige Beispiele mögen es illustrieren. Die Kartellierung der Kohlenbarone bewirkte, daß die deutsche Kohlenproduktion ganz allgemein eingeschränkt wurde, die Kohlenknappheit sollte es erleichtern, die Preise hinaufzuschrauben. Die Folge waren Feierschichten für die Arbeiter und das berüchtigte Stilllegen von Zechen. Das Zechenlegen vernichtete Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeit ganzer Ortschaften, zerstörte die Existenz vieler Arbeiter. Viel Kohlenreichtum blieb ungehoben im Schoße der Erde, die Zechen liefen voll Wasser und verfielen. Die Kohlenbarone aber heimsten ungeheuren Profit mühelos ein. Ein anderes Bild: Der Eisen- und Stahltrust bringt dank dem Eisenzoll hier in Deutschland das wichtigste industrielle Rohmaterial, das Eisen zu hohen Preisen in den Handel; den Überschuß verkauft er zu Schleuderpreisen ins Ausland. Die Folge ist, daß Eisenwarenfabriken, zum Beispiel Maschinenfabriken, die für den Export arbeiten, ihre Betriebe ins Ausland verlegten, um daselbst deutsches Eisen zu billigeren Preisen erstehen zu können. Genau so ging es mit den Werften. Auf niederländischen Werften wird ein Teil deutscher Kauffahrtschiffe gebaut, weil die Eisenteile im Ausland billiger zu haben sind als in Deutschland, wo das Eisenerz gewonnen und in Hochofen und Walzwerken verarbeitet wird. Die Leidtragenden sind die Arbeiter. Der „Schutz nationaler Arbeit“, wie ihn das „bewährte Wirtschaftssystem“ der Herrschenden bietet, nimmt ihnen die Arbeitsgelegenheit. Ihren Ausbeutern dagegen häuft er neue Schätze, stärkt er die wirtschaftliche Macht, die sie nützen, um der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht in Wirklichkeit zu rauben. Daneben gebrauchen die Herren auch noch ihren politischen Einfluß, der mit dem enormen Besitzstand steigt, um die gesetzliche Eskamotierung des Koalitions- und Streikrechts durchzusetzen und aus den Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter „weiße Salbe“ zu machen.

Genau in derselben Weise wirkt die agrarische Zoll- und Liebesgabenpolitik. Schon oft wurde erörtert und zahlenmäßig nachgewiesen, wie die hohen Getreide-, Fleisch- und Viehzölle in Verbindung mit den Grenzsperrn, den Einfuhrverboten und den schikanösen Einfuhrbestimmungen preissteigernd wirken, wie sie die Lebenshaltung der Minderbemittelten schädigen. Wir wollen heute nur an die eine harte Tatsache erinnern, daß in der Folge das Kilo Brot um 6 bis 6,5 Pf. und das Kilo Fleisch um 35 Pf. verteuert wird. Es soll nicht die Rede sein von der Wirkung des Butter- und Margarinezolls, der Zölle auf Graupen, Grütze, Hülsenfrüchte, Mehl, Backobst, Kaffee, Tee, Tabak, Salzheringe, Petroleum usw., von der künstlichen Preissteigerung durch die indirekten Steuern auf Zucker, Salz, Bier, Branntwein, Streichhölzer usw. Dagegen seien einige besondere Züge der deutschen Zollgesetzgebung und ihre unheilvollen Folgen beleuchtet. Zunächst das System der Einfuhrscheine. Nachdem der Identitätsnachweis bei der Ausfuhr von Getreide aufgehoben worden ist, wurde es zu einer

ansehnlichen Ausfuhrprämie für deutsches Getreide. Bei der Ausfuhr jedweden Getreides erhalten die exportierenden Großgrundbesitzer an der Grenze den „Einfuhrschein“ über eine so hohe Summe, als der Zoll betragen würde, der bei der Einfuhr der gleichen Menge des Getreides zu zahlen gewesen wäre. Dieser Schein ist gleichwertig barem Gelde in derselben Höhe. Er kann verkauft oder es kann dafür Getreide, Kaffee oder Petroleum zollfrei eingeführt werden. 100 bis 130 Millionen Mark haben die deutschen Großgrundbesitzer in den Jahren 1909 und 1910 auf diese Weise aus der Staatskasse als Ertragabe erhalten. Solche Ausfuhrprämie reizt natürlich zur Kornausfuhr, die just bei reichen Ernten so lange erfolgt, bis der deutsche Markt so weit vom Getreide entblößt ist, daß der steigende und steigende Preis dafür die Höhe des Weltmarktpreises plus Zoll erreicht. In den besten Erntejahren müssen wir in Deutschland den höchsten Brotpreis zahlen. Das ist der schlimmste Brotwucher, den man sich denken kann, denn die arbeitenden Massen müssen ihn buchstäblich mit ihrem Hunger bezahlen. Staat und Konsumenten werden zugunsten der Junker, der schlimmsten Reaktionäre und Arbeiterfeinde ungeheuerlich belastet!

Die Branntweinlinebesgabe für die großen Brenner, die auf Grund des Kontingentierungsgesetzes jährlich 40 bis 44 Millionen Mark beträgt, fließt gleichfalls hauptsächlich in die Taschen der Junker und ihrer Freunde. Noch nicht lange ist es her, daß auch die Zuckerbarone eine Liebesgabe erhielten in Gestalt der Zuckerausfuhrprämie. Erst durch die Brüsseler Zuckerkonvention ist sie beseitigt worden. Die Verbrauchsabgabe für Zucker beträgt aber immer noch 14 Pf. pro Kilo. Wir haben früher schon einmal in diesem Blatte eingehend die schädigenden Wirkungen der Verbrauchsabgabe und der Ausfuhrprämien nachgewiesen. Die Abgabe verteuerte stark den Zucker und verminderte seinen Verbrauch, der für die Volksernährung so wichtig ist. Zusammen mit der Ausfuhrprämie bewirkte sie, daß sich in England dank dem eingeführten billigen deutschen Zucker eine blühende Industrie eingemachter Früchte, Marmeladen usw. entwickelte, in der viele Tausende Männer und Frauen Beschäftigung finden. Also der „Schutz der nationalen Arbeit“ bestand auch in diesem Falle darin, daß die Arbeitsgelegenheit aus dem Lande getrieben ward.

Doch noch in anderer Richtung erweist sich der agrarische Schutz Zoll als kulturhemmend: Er hält die Anwendung der landwirtschaftlichen Maschinen und wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in der landwirtschaftlichen Produktion zurück. Erklärlieh genug: der Grund und Boden ist das wichtigste landwirtschaftliche Produktionsmittel, und dieses ist durch die Zollpolitik stark verteuert worden. Ein Beispiel mag das zeigen. Nehmen wir an, daß vor der Einführung der hohen agrarischen Zölle der Ertrag eines Grundbesitzes sich jährlich auf 3000 Mk. stellte. Bei den geltenden Zollsätzen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse ist er auf 8750 Mk. gestiegen: für die Wertbemessung des Grund und Bodens ist das nicht gleichgültig. Sie richtet sich nach dem kapitalisierten Ertrag bei Zinsgrundelegung von 5 Prozent Zinsen, die der jährliche Ertrag für das in Grund und Boden steckende Kapital abwerfen soll. Unser Grundstück war danach bei dem niedrigen Ertrag 61000 Mark wert, bei dem gestiegenen Ertrag jedoch 75000 Mk. In der Praxis hat das folgende Konsequenzen. Für ein Grundstück muß der Pächter einen höheren Pachtzins, der Käufer einen höheren Preis zahlen. Beide sind dadurch gezwungen, einen existieren zu können, von vornherein mit dem höheren Ertrag rechnen zu müssen, der auf Grund der Zollsätze erzielt wird. Der eine infolge des höheren Pachtzins, der andere infolge der höheren Hypotheken, mit denen er sein Land belasten mußte. Die stärkere Investierung des Kapitals im Grund und Boden, im wichtigsten Produktionsmittel der Landwirtschaft aber macht sich unheilvoll geltend. Namentlich bei weniger kapitalkräftigen Landbesitzern oder Pächtern hemmt sie die Einführung moderner Produktionsmittel: landwirtschaftliche Maschinen, die zudem durch industrielle Zölle (Eisenzoll) verteuert sind; erschwert sie die Anwendung der Chemie, der Elektrizität usw., durch die die Ergiebigkeit des Bodens enorm gesteigert

werden könnte; läßt sie es nicht zu einer rationellen Viehzucht kommen, soweit damit erhebliche Ausgaben verbunden sind. Dazu noch eine andere Tatsache. Die Agrarier haben die Zoll- und Liebesgabenpolitik als ein so vorzügliches Mittel zur Fällung ihrer Taschen schätzen gelernt, daß ihnen naturgemäß dieses Mittel weit bequemer und wirkungsvoller erscheint als die Anwendung aller modernen technischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel auf die Agrikultur. Sientemalen die kleinen und Zwergbesitzer, die von dieser Politik keinen Vorteil haben, durch ihre allgemeine Armut und die Kleinheit ihres Besitzes gehindert sind, diese Mittel zur Flüssigmachung des im Boden latenten Reichtums anzuwenden. Kapitalistische Zollpolitik und die geltende Eigentumsordnung werden somit auch in der Landwirtschaft und gerade hier in hohem Maße kulturhemmend.

Sie werden es noch an einer dritten Richtung, die wir schon angedeutet haben, hier aber nochmals unterstreichen wollen. Sie hemmen die Entwicklung der lebendigen Produktivkräfte, der Arbeiter. Daß sie durch die enorme Preissteigerung die Lebenshaltung der Besitzlosen herabdrücken, betonten wir schon; daß sie deshalb Krankheit, Siechtum, höhere Sterblichkeit der Kinder und der Erwachsenen bedingen, beweisen die ärztlichen Feststellungen. Daß sie eine Steigerung der Eigentumsvergehen verschulden, lehrt uns die Kriminalstatistik. Und hätten wir eine Dirmenstatistik, so würde diese uns zeigen, wie viele Mädchen und Frauen in die Sumpfe der Prostitution gestoßen werden, weil — ach „das Brot so teuer ist und so wohlfeil Fleisch und Blut“!

Dazu kommt weiter, daß die wirtschaftliche und politische Macht der herrschenden Klassen mit ihrem gehäuften und erweiterten Besitz wächst, daß sie zunimmt und erstarkt, wenn die kapitalistische Produktionsweise und die kapitalistische Zoll- und Steuerpolitik ihren Reichtum vergrößert. Diese Macht benutzt die ausbeutende Minderheit nicht nur, um den wirtschaftlichen, moralischen und intellektuellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu hemmen, soweit er sich durch den Klassenkampf vollzieht. Sie mißbraucht sie gleichfalls, um die Bildungsmöglichkeiten des Proletariats einzuschränken, die staatlichen wie die privaten. Siehe die deutsche Schulmisere und den Kampf um die proletarische Jugend. Siehe den Widerstand der Herrschenden gegen die Demokratisierung des Wahlrechts, das beste Mittel zur politischen Betätigung und Schulung des Proletariats. Die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches ist also in all ihren Konsequenzen ein Mittel, den Reichtum, die Macht und den Einfluß der Besitzenden zu stärken, die kapitalistische Wirtschaftsordnung, gegen die unser Klassenkampf sich richtet, zu befestigen und ihre Lebensdauer zu verlängern, dagegen aber das kämpfende, sonnenschnüchtliche Proletariat niederzuhalten. Gegen die agrarisch-kapitalistische Zoll- und Steuerpolitik, die sich reaktionär und kulturhemmend nach allen Richtungen hin erweist, die es bewirkt, daß die Lebensmittelteuerung sich für weite Volksschichten zur Hungersnot steigert, richtet sich in erster Linie unser Kampf bei der Reichstagswahl. Nieder mit dem kapitalistisch-agrarischen Zoll- und Steuerraub! Hinaus mit den Brot- und Fleischwucherern! Das ist eine der wichtigsten Forderungen, die oben auf dem roten Banner der Sozialdemokratie steht, das wir im Wahlkampf entrollen, das wir vorantragen bei den Hungervahlen des Jahres 1912.

Luise Bieh.

Paul und Laura Lafargue.

„Gesund an Leib und Geist gab ich mir den Tod, bevor das unerbittliche Greisenalter einen Teil des Vergnügens und der Freude des Daseins nimmt und mich der physischen und geistigen Kraft beraubt, meine Energie lähmt, meine Sinne bricht und mich zur Last für mich selbst und die anderen macht. Seit Jahren habe ich mir das Versprechen gegeben, das siebzigste Lebensjahr nicht zu überschreiten. Ich habe die Jahreszeit für meinen Abschied aus dem Leben längst bestimmt und die Ausführung meines Entschlusses vorbereitet, nämlich eine Einspritzung von Zyankali.

Ich sterbe mit höchster Freude, die mir die Gewißheit bereitet, daß die Sache, der ich 45 Jahre meines Lebens gewidmet habe, in nicht allzu ferner Zukunft triumphieren wird. Es lebe der Kommunismus, es lebe der internationale Sozialismus!“
(Paul Lafargue's Abschiedsbrief an seine Freunde.)

In Draveil bei Paris sind Paul und Laura Lafargue freiwillig aus dem Leben geschieden. Mit Paul Lafargue hat die sozialistische Internationale einen ihrer verdienstvollsten und markantesten Vorkämpfer verloren, mit Laura Lafargue eine ihrer treuesten und bescheidensten Dienerinnen.

Paul Lafargue war am 15. Januar 1842 als Sohn französischer Eltern auf der Insel Kuba geboren. Er selbst erwähnte gern, daß durch die Mutter seines Vaters — eine Mulattin — Negerblut in seine Adern gekommen sei, dem er seine außergewöhnliche Frische und Bähigkeit verdanke. Und sein Freund und Meister Engels schalt gutmütig über Lafargue's „verdammten eigensinnigen Negerhädel“, wenn die beiden gelegentlich über grundsätzliche und taktische Fragen aneinandergerieten. Nach dem Dictionnaire du Socialisme soll Lafargue's Mutter aus der Ehe eines Juden mit einer Indianerin stammen.

Als Sohn wohlhabender Eltern kam der Knabe mit neun Jahren nach Frankreich und wurde in den Lyzeen zu Bordeaux und Toulouse für das Hochschulstudium vorbereitet. An der Universität zu Paris wollte er sich als Mediziner den Doktorhut holen, aber es kam anders. Der junge Student stand bald mitten im Lager des republikanisch-sozialistischen Kampfes gegen das Kaiserreich des dritten Napoleon. Wie wäre es anders möglich gewesen? In Lafargue's lebhaftem, reichem Geiste war die klassische Kultur nicht zur trockenen Schulmeisterweisheit verstaubt, als lebendig wirkende Kraft hatte sie ihn mit gesundem Haß gegen das Cäsarentum und glühender Begeisterung für die Republik erfüllt. Das Studium der französischen Geschichte und Literatur, ein Herz, das mit dem Volke empfand, ein hoher Gerechtigkeits-sinn öffneten ihm das Verständnis für die sozialistischen Ideen, die ihm durch Studenten und Arbeiter nahegebracht wurden. Die Erkenntnis reifte rasch zur Tat. Lafargue ward Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation, gehörte zu den Organisatoren des Studentenkongresses zu Düttich 1866 und nahm an einer Demonstration gegen Napoleon III. teil. Die Strafe für sein „umstürzlerisches Treiben“ blieb nicht aus. Er wurde von allen französischen Universitäten relegiert und ging nach London, um dort das Studium der Medizin zu vollenden. Dieser Aufenthalt hat zweifellos dazu beigetragen, daß Lafargue's revolutionäre Gesinnung nicht wie bei so vielen seiner Freunde eine Episode idealer „Jugend-eselei“ geblieben ist, daß sie vielmehr zur Weltanschauung reifte, die der Mann bis zur letzten Minute in unverbrüchlicher Treue betätigt hat. Der junge Mediziner wurde wegen seiner Kenntnis des Spanischen in der Internationale zum Sekretär für Spanien gewählt. Es dauerte nicht lange, so hatte diese Tätigkeit seine persönlichen Beziehungen zu Marx auf das festeste verknüpft, dem er schon von Frankreich aus nähergetreten war. Es war ein gewaltiger Eindruck, den er von dem Geist und Wissen wie von dem Charakter des Mannes erhielt, und er ist so nachhaltig geblieben, daß ihn der Wandel der Zeiten nie zu schwächen vermocht hat. Unter Marx' Einfluß vertiefte sich Lafargue in das Studium der sozialen Wissenschaften, der unklar schwärmende Utopist machte sich die Zdeengänge des wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen. Eine herzliche Freundschaft verband allmählich Lehrer und Schüler, die sich noch vertiefte, als dieser der Gatte von Marx' zweiter Tochter Laura wurde.

Der Deutsch-Französische Krieg und die Ereignisse, die in seinem Gefolge heraufzogen, fanden Lafargue bereit, als Bekenner des revolutionären Sozialismus im Geiste der Internationale tätig zu sein. Seine Latenzfreundigkeit erhielt ein festes Ziel, als ihm die Kommune von Paris den Auftrag erteilte, für eine mit ihr sympathisierende Bewegung

im südlichen Frankreich zu wirken. Lafargue befand sich damals in Bordeaux bei seinen Eltern und ging mit Feuereifer an das anvertraute Werk. Das scheiterte an der Rückständigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse und dem instinktiven Haß, in dem sich alle Schichten des Bürgertums gegen die Kommune zusammenschlossen, als der Verkörperung politischer Macht des Proletariats. Lafargue mußte schließlich froh sein, als er unter Abenteuern und Gefahren über die spanische Grenze entkam. In der neuen Heimat warf er sich sofort in den Strom der sozialistischen oder richtiger wohl der sozialrevolutionären Bewegung, die damals hohe Wogen trieb. Jedoch auch hier mußte er erfolglos gegen die Flut schwimmen. Gerade in Spanien hatte der Anarchismus Bakunins rasch zahlreiche Anhänger gewonnen, er war es und nicht der wissenschaftliche Sozialismus, der die meisten Geister der Arbeiter beherrschte, soweit sie zu erwachen begannen. Vergeblich mühte sich Lafargue mit unserem alten Kämpfer Pablo Iglesias und wenigen Gesinnungsgenossen, die steigende anarchistische Sturzwelle zurückzudämmen. Sie überflutete die spanische Section der Internationale und riß sie auseinander. Als Lafargue sich überzeugt hatte, daß er mit eifrigster Arbeit die Entwicklung nicht in andere Bahnen zwingen konnte, ging er nach London. Hier lebte er, bis 1882 die Amnestie der Kommune kämpfer auch ihm die Grenzen des Vaterlandes wieder öffnete.

In allen diesen Jahren lernte das junge Paar des Lebens Nöte reichlich und täglich kennen. Die harten Notwendigkeiten des Kampfes im Süden ließen keinen Raum für eine gesicherte Häuslichkeit, sie heßten Lafargue unstet und flüchtig hin und her, hielten die Gatten oft und lange voneinander fern und trugen Unruhe, Sorgen, Entbehrungen in ihre Existenz. Der Schwere jener Zeit fielen ihre beiden Kinder im zarten Alter zum Opfer; ihr Verlust schlug den Eltern Wunden, die sich nie ganz geschlossen haben, denn Paul und Laura Lafargue waren die „geborenen Eltern“ und Kinderfreunde. Frau Lafargue gehörte nicht zu denen, die ihr Herz leicht auf die Lippen heben, und ihrem hohen Sinne war das Leiden um der Überzeugung willen selbstverständlich. Aber noch nach Jahren feuchteten sich ihre Augen und ihre Stimme bebte, wenn sie von ihren kleinen Mädchen sprach. Auf Lafargue wirkte das Sterben der Kleinen so stark, daß er an der medizinischen Wissenschaft verzweifelte und sich nicht mehr zur Praxis des Arztes entschließen konnte. Mittels kleiner literarischer Gelegenheitsarbeiten und als Holzschneider schlug er sich in London kümmerlich durch, und Laura suchte durch Stundengeben und Übersetzungen die Löcher im Haushaltsbudget zu stopfen. Das gelang durchaus nicht immer, denn beide zogen die magere Freiheit der fetten Sklaverei einer alltäglichen Berufsfront vor. Höher als die äußeren Annehmlichkeiten des Lebens stand ihnen die Bewegungsfreiheit, Geist und Charakter weiterzubilden und dem sozialistischen Ideal zu dienen, wo immer sich Gelegenheit dazu bot. So war die Londoner Zeit eine Fortsetzung des Emigrantenelends, in dem Margens Tochter aufgewachsen war, und wie ihre Mutter, die hochgesinnte Jenny v. Westphalen, hat es Laura Lafargue in revolutionärer Begeisterung mit Stolz und Anmut getragen. Dem späteren Wirken Lafargues sind die Jahre des Exils zu reichem Gewinn geworden. In innigstem persönlichem Verkehr mit Marx und Engels weitete sich sein Wissen und sein Blick, Märte und vertiefte sich seine sozialistische Erkenntnis. So war er wohl vorbereitet, den wissenschaftlichen Sozialismus unter die französischen Arbeiter zu tragen und die Kistkammer der sozialistischen Theorien füllen zu helfen.

Begierig griff er nach der Gelegenheit dazu, sobald das französische Proletariat die Niederlage der Kommune zu überwinden begann und Zeichen erwachenden bewußten Klassenlebens gab. Er trat in Beziehungen zu Jules Guesde, der seit Mitte der vierziger Jahre in Paris mit der begeistertsten Hingabe eines Apostels für die Ausbreitung des So-

zialismus wirkte. Mit ihm zusammen — der zu dem Zwecke nach London kam — arbeitete er 1880 unter Mitwirkung von Marx das Programm der französischen Arbeiterpartei aus, jenes glorreiche Banner, um das bald die heißesten Kämpfe entbrannten, in denen es um die Revolutionierung der proletarischen Geister in Frankreich ging. Von da an datierte zwischen Lafargue und Guesde eine Ideen- und Waffenbrüderschaft, die trotz aller inneren Entwicklung der beiden und der Partei erst der Tod gelöst hat.

Lafargues Mitarbeit an den kleinen Publikationen, welche den Überbleibseln der alten utopistischen Auffassungen die Lehren des modernen wissenschaftlichen Sozialismus entgegenstellten, war gleichsam das Präludium der leidenschaftlichen Parteitätigkeit, der er sich nach seiner Rückkehr in die Heimat widmete. Als Schriftsteller, Lehrer und Agitator nahm er den Kampf gegen die Konfusion der alten und neuen sozialistischen Schulen und Sektchen auf. Das französische Proletariat in reinlicher Scheidung der Theorie und Taktik von der bürgerlichen Demokratie und ihren sozialistenden Ausläufern zu trennen; es geeint, zielklar und fest geschlossen in einer Partei auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen: das war das Ziel, dem er sich mit ebenso reichem Talent als edler Leidenschaft widmete. Lange Jahre hat er sich für dieses Ziel restlos und selbstlos eingesetzt, und wenn heute in Frankreich die geeinte sozialistische Partei in gleichem Schritt und Tritt mit der Internationale marschiert, so fällt zusammen mit Jules Guesde Paul Lafargue das größte Verdienst daran zu.

Um diesem Verdienst gerecht zu werden, muß man das Milieu kennen, in dem Lafargue als Sämann des modernen Sozialismus unter die proletarischen Massen trat. Abgesehen von all den Umständen, welche heute noch die Entwicklung klaren Klassenbewußtseins, den Aufbau einer starken Organisation im französischen Proletariat erschweren, wagte dieses anfangs der achtziger Jahre noch kaum, an seine Kraft zu glauben, und der bürgerliche Radikalismus und sozialrevolutionäre Quacksalberei täuschten seinen Sinn. Auf die Hoffnung, heute zwei Schritte in seiner Schulung vorwärts gekommen zu sein, folgte gewöhnlich morgen schon die Enttäuschung eines Schrittes nach rückwärts in die alten Irrungen und Wirrungen. Lafargue mußte die verrücktesten Entstellungen seiner Ideen abwehren, er wurde als Schwiegervater von Karl Marx persönlich mit den schmutzigsten Verleumdungen begelert, mehr noch als von den bürgerlichen Gegnern von Drouffe und seinem Anhang, der von Bakunins Anarchismus zum zahmsten Kleinbürgerlichen Opportunismus hinübergewechselt war. Das wertvollste Mittel zur Erziehung der Massen fehlte: ein tägliches Blatt. Die Wochenblätter, die unter den größten persönlichen Opfern gegründet und erhalten wurden, erfahnten nur winzige Kreise. Die Arbeit im Dienste der Partei mußte selbstverständlich unentgeltlich geschehen. Die sozialistischen Wochenblätter konnten weder besoldete Redakteure noch bezahlte Mitarbeiter, und was das kleine Häuflein der tätigen Genossen irgend erübrigen konnte, das ging darauf, um Druck- und Verwaltungskosten zu decken. Es bleibt Lafargues unsterblicher Ruhm, daß er unter diesen Schwierigkeiten unverzagt und ungebeugt ruhig seine Wege weiter gegangen ist, ohne um der leichteren Erfolge willen mit Halbheiten zu paktieren.

Das Schwergewicht seiner Tätigkeit hat nicht in der Agitation gelegen und auch nicht in dem Parlament, dem er von 1891 bis 1893 angehörte, und nach dessen Ehren ihm nicht verlangte. Sein eigentliches Wirkungsfeld war die Publizistik. Außer zahllosen Artikeln, wie der Tag sie forderte, hat er eine Reihe von satirischen Streitschriften verfaßt, die ihn den besten Pamphletisten zugesellen. Gerade in der Satire konnte Lafargue die glänzenden Eigenschaften seines Geistes frei entfalten: die Schärfe des Blickes für den heuchlerischen Schein und die verlogene Phrase, eine übermütig sprudelnde Phantasie, äßenden Wit und seine Empfindung für die schöne Form. Hier war er jeder Zoll der geistreiche Franzose, der

der gegnerischen Torheit oder Gemeinheit mit sicherer Meisterhaft das geschmeidige, funkelnde Florett zwischen die Rippen stößt. Der schneidige Kämpfer war zugleich ein ernster Forscher. Lafargue ging nicht in der Arbeit auf, das Gold des historischen Materialismus in die kleinen Münzen umzuprägen, deren das Tagesleben der Partei bedarf. In geduldigem Studium strebte er danach, die Theorie des Sozialismus zu bereichern und zu klären. Seine Beiträge zur Geschichte der Urzeit, der Entwicklung der Moralbegriffe, der französischen Revolution und viele andere noch — von denen wohl die meisten auch in der „Neuen Zeit“ erschienen — sind ebenso beachtenswert wie seine literarischen Studien über Zola, Viktor Hugo usw. Wenn sie auch nicht immer den Gegenstand erschöpfen, weil die Probleme zu gradlinig und ohne ihre vielfach verschlungenen Verästelungen geschaut sind; wenn gelegentlich in ihnen der Gang zum Paradoxalen triumphiert, der von Lafargues geistiger Eigenart untrennbar ist, so haben sie doch stets gefesselt und oft Wertvolleres gegeben als eine lederne Wahrheit: die Anregung zu selbständigem Nachdenken und Forschen. Es sind Beiträge solcher Art, die Lafargue zu einem Lehrer des internationalen Proletariats erhoben haben.

Laura und Paul Lafargue waren durch seltene Harmonie verbunden. Laura stand an innerem Reichtum nicht hinter ihrem Gatten zurück, und was den tiefsten Inhalt seines Lebens ausmachte, das gab auch dem ihren Richtung und Ziel. Ihre bedeutenden Sprachkenntnisse, ihre große Belesenheit und wissenschaftliche Bildung, ihr kunstverständiger Sinn ermöglichten es ihr, Lafargue wichtige Hilfsarbeit zu leisten und waren ihm eine unverfälschte Quelle der Anregung und Selbstverständigung. Besonders wertvoll war es, daß Laura ihm die Kenntnis der deutschen sozialistischen Bewegung vermittelte, ihn mit deutscher Wissenschaft und Literatur vertraut machte. Selbständiges hat Frau Lafargue dadurch geleistet, daß sie deutsche Gedichte — so von Heine — ins Englische übersehte und Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ trotz der großen Schwierigkeit der Aufgabe meisterhaft ins Französische übertrug. Ungenannt hat sie gar manchen kleinen Artikel und manche Notiz für die sozialistischen Parteiblätter der ersten Zeit geschrieben, meist über die Bewegung außerhalb Frankreichs. Während war die Unermüdlichkeit, mit der sie in den achtziger Jahren Monate hindurch von Zeitungskloß zu Zeitungskloß ging, um durch Nachfrage nach dem Parteiorgan „Le Socialiste“ dessen Verbreitung zu fördern. Wie manchen ersparten Frank vorausgabte sie, um das Blatt „en gros“ anzukaufen und dann unter die Arbeiter des äußeren „Quartier Latin“ zu verteilen. Aber ach! diese Kleinarbeit blieb so erfolglos wie das Bemühen, mit Hilfe einiger Freundinnen durch Unterrichtskurse die Proletarierinnen der Partei zuzuführen. In ihrer festen Zuversicht auf den Sieg des Sozialismus ist Laura Lafargue durch die kleinen persönlichen Mißerfolge nicht erschüttert worden, ebenso wenig in ihrer Überzeugung, daß auch die Frauen diesen Sieg mit erkämpfen müssen, als Vorbedingung ihrer eigenen Befreiung. Mit Freude verfolgte sie das Aufblühen der sozialistischen Frauenbewegung im Ausland, ganz besonders in Deutschland; die ersten Jahrgänge der „Gleichheit“ enthalten einige Artikel von ihr. Im Gegensatz zu ihrer Schwester Eleanore Welling lag das Hinaustreten in die Öffentlichkeit, die starke Willensbefundung nicht in ihrer Natur, im stillen aber hat sie mit der gleichen Umgebung und Treue wie diese für den Sozialismus gewirkt.

Paul und Laura Lafargue waren vollsaftige Menschen, deren Eigenart der Sozialismus nur schärfer ausgeprägt hatte. Denn er war ihnen mehr als eine graue ökonomisch-historische Doktrin: der grüne Lebensbaum einer einheitlichen Weltanschauung voll duftender Blüten, mit denen sie sich freudig das Haupt bekränzten. Früh hatten sie sich zu jener abgeklärten Lebensweisheit durchgerungen, welche die besten Zeiten der Antike ausgezeichnet hat und deren Grundlage das Bewußtsein von der Einheit und dem ewigen Fluße alles Seins ist. Nicht demütige Zurückhaltung, stolze Nahe strömte ihnen aus der Erkenntnis zu, daß auch sie nur Atome seien in dem

unererschöpflichen, grenzenlosen All, Atome, die die Welle hebt und verschlingt. So werteten sie ihr Leben nicht nach vorgefaßten Schablonen, sondern nach dem, wie sie selbst es mit schöpferischer Hand zu formen verstanden. Und wenn auch ihnen dabei nicht alle Blütenräume reiften, so trugen sie das in der frohen Zuversicht, daß „viele Geschlechter sich dauernd an ihres Daseins unendliche Kette reihen“ und daß ihr ewiger Strom doch im Lande der Sehnsucht mündet. Die Stubengelehrsamkeit in Schlafrock und Pantoffeln lag ihnen ebenso fern wie das sich bewundernde Ästhetentum; dürre Pedanterie lockte sie so wenig wie verzückte Aszese. Die bunte Welt mit ihren Höhen und Tiefen, ihren Schmerzen und Wonnen, ihren Schönheiten und Häßlichkeiten war ihnen ein unererschöpflicher Born des Genusses. Eine gesunde Freude am Leben erfüllte sie, und wenn sie dessen gute Dinge zu schätzen wußten, so trugen sie nicht minder seinen „Unverstand“ mit der Heiterkeit von Weisen. Sie waren beide Lebenskünstler im edelsten Sinne des Wortes.

Aus dieser ihrer Lebenskunst ist ihnen der Wille und die Freudigkeit zum gemeinsamen freiwilligen Tod erwachsen. Nicht als eine drückende Bürde oder ein verächtliches Gut haben sie das Leben von sich geworfen. Sie löschten es aus, weil sie wußten, daß seine Flammen so hoch und hell gebrannt hatten, daß nun kein trübes, qualmiges Schwälen folgen durfte. Das Beste, was sie gewesen, hatten sie gegeben, das Schönste, was sie genießen konnten, hatte sie erfreut. Sie konnten ihr Lebenswerk und ihre Lebensfreude nicht dadurch verringern, daß sie zu dem Weniger grauer Alltäglichkeit herabstiegen, indem sie sich selbst überlebten. Sollen wir im Angesicht dieser Toten über die Leistungen jammern, die unseres Freundes rüstiges Alter der Partei vielleicht noch verheißten hätte? Ein Mann von der Bergangeheit und dem Wesen Lafargues durfte in dieser Gewissensfrage wohl sein eigener Richter sein. Der kleinen persönlichen Eitelkeit mag als Wertmesser der eigenen Bedeutung das Lob der anderen genügen; der große reine Ehrgeiz der Selbstlosen trägt die Nahe dafür in Gestalt seiner Ideale in der eigenen Brust. ziemt es sich, am Grabe dieser Tapferen über „die erschütternde Tragik“ ihres Sterbens zu klagen? Lassen wir doch endlich die Toten ihre Toten begraben, und haben wir den Mut zur Umwertung eines Wertes, den uns eine zweitausendjährige Knechtung des Geistes durch den kirchlichen Spiritualismus in die Seele gehämmert hat. Schenken wir unser Bedauern den Greisen, die der Tod endlich auf dem Krankenpfehl würgt, nachdem durch langsame Auflösung alles in ihnen ertorben ist, was ihr wahres Leben war. Verlassen wir die Stolzen, die in sittlicher Freiheit und Kraft zu sterben wissen, ehe daß Leib und Seele verfällt. Paul und Laura Lafargue sind in unererschütterlicher Überzeugung von dem Siege des Sozialismus von uns gegangen, sich selbst treu bis zum letzten. Sie haben in Schönheit gelebt, sie sind in Schönheit gestorben, ohne Pose, einfach und schlicht. Die Frommen mögen sie schelten, die Kleinmütigen sie bedauern, wir neigen uns in Freundschaft vor ihnen als vor Starken und Freien.

Die Teuerung.

Für die Lese- und Diskussionsabende.

Von Käthe Dunder.

2. Die Anarchie der Produktion.*

Im vorigen Kapitel lernten wir die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft, ihr Zurückbleiben hinter der industriellen Entwicklung als einen Grund der Teuerung kennen. Wir haben es aber hier nicht mit einer Tatsache zu tun, die etwa dem deutschen Wirtschaftsleben allein eigentümlich ist, sondern vielmehr mit einer Teilerscheinung der

* Benutzte Literatur: Hilferding, Finanzkapital, Marxstudien, 3. Band, Wien 1910, Verlag von Janak Brand & Co. Bauer, Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen, Artikelserie in der „Neuen Zeit“, 23. Jahrgang, 1. Band. Kautsk, Finanzkapital und Krisen, Artikelserie in der „Neuen Zeit“, 29. Jahrgang, 1. Band.

kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt, in der Anarchie herrscht, in der Gütererzeugung und Güterbedarf in keinerlei innerem organischem Zusammenhang steht. Wir sehen daher die Verteuerung der Lebensmittel und Rohstoffe nicht nur in Deutschland eintreten — wo diese Erscheinung ja dann in letzter Linie mit der Zurückdämmung der ausländischen Konkurrenz durch die Schutzollmauern erklärt werden könnte —, sondern die Erzeugnisse der Urproduktion, worunter man Landwirtschaft, Viehzucht und Bergbau zusammenfaßt, steigen auch auf dem Weltmarkt im Preise.

Um diese allgemeine Verteuerung verstehen zu können, müssen wir zunächst die sogenannte Anarchie der kapitalistischen Produktion, ihre Gründe und Folgeerscheinungen eingehend untersuchen.

In der vorkapitalistischen Zeit, deren Produktion in der Bauernwirtschaft und im Handwerk wurzelte, konnte ein allgemeines und tiefgehendes Mißverhältnis zwischen Gütererzeugung und Güterbedarf nicht entstehen; es sei denn, daß Dürre, Hagel oder Überschwemmung die Ernte vernichtete, oder daß Krieg oder Pest das Erwerbsleben zum Stillstand brachte.

Die bäuerliche Wirtschaft produzierte bis tief ins neunzehnte Jahrhundert hinein vorzugsweise für den eigenen Bedarf. Dieser Bedarf war aus der Erfahrung bekannt, und man baute auf dem Felde, züchtete im Stalle und verfertigte im winterlichen „Hausfleiß“, was und wieviel man an Lebensmitteln, Gespinnst und Geräten für die gesamte Hausgenossenschaft brauchte. Und erstrebte man eine gewisse Überproduktion, so geschah's, damit man für schlechte Erntejahre oder sonstige unvorherzusehende Ereignisse gerüstet war.

Der städtische Handwerker produzierte zwar nicht für den eigenen Bedarf, sondern für den Bedarf seiner Kunden; aber dieser war ihm vorher durch Bestellungen bekannt geworden. Und arbeitete er je einmal auf Vorrat, so tat er das für Zeiten besonderen Bedarfes, für Messen, Märkte usw. Die Handwerker einer Branche schlossen sich zu Zünften zusammen, und diese organisierten die Produktion in planmäßiger Weise, verhüteten, daß zu viele Meister sich in der Stadt niederließen und daß einzelne sich eines zu großen Teiles der Produktion bemächtigen konnten.

Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktion erweiterte sich der städtische Markt zum nationalen und internationalen, zum Weltmarkt. Der Produzent weiß nichts mehr vom Konsumenten; er ist räumlich von ihm getrennt, und eine ganze Anzahl von Zwischenpersonen schieben sich zwischen ihn und den Verbraucher seiner Ware. Die kapitalistische Produktion kann die Bestellung nicht abwarten; die teuren Produktionsmittel verlangen unausgesetzten Betrieb, wenn sie sich rentieren sollen. Der Bedarf wird durch Agenten und Reisende aufgesucht, durch Reklame oft erst künstlich wachgerufen. So ist der Markt unübersichtlich, eine genaue Anpassung der Produktion an den Bedarf unmöglich geworden. Jeder Kapitalist produziert gewissermaßen auf's Geratewohl — Schuhe, Baumwollstoffe, Eisenwaren —, seine einzige Richtschnur ist der Profit. Und dieser Profit wird schließlich der Regulator der gesamten gesellschaftlichen Produktion. Wenn zu viel von einer Ware auf den Markt gebracht wird, so sinkt der Preis und mit ihm der Profit; die Unternehmer schränken die Produktion ein und entlassen einen Teil ihrer Arbeiter. Bleibt dagegen die Produktion einer Ware hinter der Nachfrage zurück, so steigen die Preise, der Profit wächst und reizt die Unternehmer an, neue Betriebe anzulegen, die alten zu erweitern. So bringt der Profit Gütererzeugung und Güterbedarf immer wieder ins Gleichgewicht, aber unter Begleitererscheinungen, die für Unternehmer und Arbeiter verhängnisvoll sind. Diese Anarchie in der Produktion, dieser Mangel an jeder einheitlichen Organisation muß mit Natur-

notwendigkeit bald für diese, bald für jene Warengattung Absatzstokungen mit sich bringen; Absatzstokungen, die infolge der Abhängigkeit der Unternehmer voneinander, infolge der innigen Verflechtung des gesamten Wirtschaftslebens durch das Geld- und Kreditwesen dann auch auf andere Produktionsgebiete übergreifen. Die Zahlungsunfähigkeit der Schuhfabrikanten zum Beispiel macht auch die Lederfabrikanten zahlungsunfähig usw.

Wie kommt es aber, daß diese gelegentlichen Absatzstokungen sich von Zeit zu Zeit zu verheerenden Krisen auswachsen, die das gesamte Wirtschaftsleben erschüttern und in Unordnung bringen? Seit 1815 wiederholen sich solche allgemeine Krisen ungefähr alle zehn Jahre. Ja, seit dem großen Krach von 1873, der den vom französischen Milliardenfren heraufgeführten Gründerjahren folgte, sind die Zwischenräume noch kürzer geworden: 1882, 1891, 1895, 1900 und 1907 waren Krisenjahre.

Dieses allgemeine und periodische Eintreten der Krisen kann durch die Anarchie des Wirtschaftslebens allein nicht erklärt werden. Da müssen noch Gründe mitspielen, die eine Harmonie von Produktion und Konsumtion nicht nur vorübergehend, sondern dauernd unmöglich machen.

Es lassen sich drei Produktionsgebiete unterscheiden, von denen jedes seine besonderen Gesetze der Produktion und des Absatzes hat, die Produktion von Konsummitteln, von Gegenständen des Verbrauchs, die Produktion von Produktionsmitteln, von Maschinen usw., und endlich die Produktion von Rohmaterialien und Lebensmitteln, die sogenannte Urproduktion.

Der Hauptgrund, warum die Nachfrage auf dem Gebiet der Konsummittelproduktion kleiner bleiben muß als das Angebot, ist die Unterkonsumtion der arbeitenden Bevölkerung. Sie ergibt sich von selbst aus dem Umstand, daß die Arbeiterschaft in ihrem Lohne nur einen kleinen Teil des von ihr geschaffenen Wertes zurückerhält, mit einem Wort: aus der Tatsache ihrer Ausbeutung. Der Arbeiter bekommt (um ein Gleichnis aus Bellamys „Gleichheit“ anzuwenden), wenn er zu dem ungeheuren Wasserbecken der allgemeinen Güterproduktion einen Eimer Wasser herbeigeschleppt und hineingegossen hat, nur so viel Lohn, daß er dem Becken für seinen eigenen Gebrauch einen halben Eimer entnehmen kann. Immerhin brauchte dieses Becken noch nicht überzulaufen, brauchte noch keine allgemeine Überproduktion zu entstehen, wenn nun die Unternehmerschaft den gesamten Mehrwert, der ihr aus der Mehrarbeit der Arbeiterschaft zugeflossen ist, zum Ankauf von Waren aus dem riesigen Reservoir der kapitalistischen Produktion verwendete. Aber die Unternehmer verzehren nicht den ganzen Mehrwert. Einen Teil davon häufen sie auf, um zu gelegener Zeit ihre Betriebe erweitern, ihre Produktionsmittel verbessern zu können. Es wäre natürlich auch gar nicht möglich, daß die an Zahl kleine Kapitalistenklasse so viel Produkte der Lebensmittelindustrie, so viel Baumwollwaren, Schuhe usw. konsumierte, als die lohnarbeitende Bevölkerung über die Kaufkraft ihres Lohnes hinaus produziert hat. Und wenn die Kapitalisten durch ihren Bedarf an Luxusgütern auch eine Anzahl von Künstlern und Kunsthandwerkern in stand setzen, aus dem Warenreservoir zu schöpfen; wenn durch die direkten und indirekten Steuern, die die Unternehmer aus ihrem Mehrwert, die Arbeiter von ihrem Lohne zahlen, unproduktive Bevölkerungsschichten, wie das Beamtentum und das Militär, konsumfähig gemacht werden, so genügt das doch noch nicht, um Produktion und Konsum in Einklang zu bringen. Bekanntlich sorgt ja auch die Kapitalistenklasse dafür, daß sie zur Erhaltung jener unproduktiven Schichten nicht allzuviel beizutragen hat; und was der Arbeiterklasse dafür abgezwaht wird, nimmt dieser ebensoviel an Kaufkraft, als es diejenige von Beamten und Soldaten vermehrt.

Der innere Markt ist also außerstande, die gesamte Produktion von Konsummitteln aufzunehmen. Soll die Überproduktion nicht dauernd werden, dann muß immer wieder nach auswärtigen Märkten für den Produktüberschuß gesucht werden. Kolonialpolitik und Imperialismus haben in diesem Umstand ihre hauptsächlichste Wurzel.

Vorbedingung für einen glatten Verlauf des gesamten Wirtschaftslebens ist aber nicht nur, daß die Produzenten von Massenartikeln, von Konsummitteln ihre Waren regelmäßig absetzen, sondern auch die Produzenten von Produktionsmitteln, die Maschinenindustrie und mit ihr die Eisen- und Stahlwerke usw., müssen dazu in der Lage sein. In dem Verkaufspreis, den irgend ein Kapitalist, z. B. ein Baumwollensabrikant, für seine fertige Ware erzielt, stecken verschiedene Elemente: 1. die Kosten des bei der Produktion verbrauchten Rohmaterials, hier also der Baumwolle, aber auch der Kohlen, des Maschinenöls usw.; 2. der Lohn, den der Fabrikant seinen Arbeitern gezahlt hat; 3. ein kleiner Teil des Wertes seiner Gebäude und seiner Maschinen, der der allmählichen Abnutzung dieser seiner Produktionsmittel entspricht, und 4. der Mehrwert, sein Profit. Was der Kapitalist für Rohstoff und für Arbeitslöhne ausgelegt hat, sein sogenanntes zirkulierendes, das heißt umlaufendes Kapital, kehrt bei jedem Warenverkauf wieder zu ihm zurück und kann sofort wieder für neuen Rohstoff und weitere Arbeitslöhne verausgabt werden. Anders steht es mit der Summe, die der Kapitalist zum Bau und zur Einrichtung seines Betriebs verwandt hat, mit seinem sogenannten fixen, das heißt festen Kapital. Es kehrt erst ganz allmählich in den jedesmaligen Abnutzungsquoten zurück, die aufgehäuft werden müssen, um dann nach einer Reihe von Jahren zur Erneuerung der Gebäude und zum Ersatz der verbrauchten Maschinen verausgabt zu werden. Das zirkulierende Kapital (Rohstoff- und Lohnkapital) hat viel kürzere Umschlagszeiten als das fixe (Maschinenkapital). Das erstere fließt der Produktion immer wieder zu und erhält so die Erzeugung von Konsumgegenständen in stetem Flusse. Das zweite wird längere Zeit aus der Produktion zurückgehalten, um ihr dann wieder in größeren Massen zuzufließen; dadurch gewinnt die Produktion von Produktionsmitteln etwas Ungleichmäßiges, Rudweisiges. Das wird noch dadurch vermehrt, daß der Kapitalist, wie wir schon früher gesehen haben, auch Teile seines Mehrwerts zu dem Zwecke aufhäuft, seine Produktionsmittel von Zeit zu Zeit nicht nur erneuern, sondern auch vermehren und verbessern zu können.

Nehmen wir einmal an, die durchschnittliche Abnutzungszeit der Maschinen betrage zehn Jahre, so müßte jedes Jahr ein Zehntel aller Fabrikanten ihre Maschinen erneuern, damit die Produktion von Produktionsmitteln stetig und ununterbrochen vor sich gehen könnte. Das wäre aber nur bei einer planmäßig geordneten Produktion möglich. Unter den heutigen Verhältnissen vollziehen sich die Dinge anders. In den Zeiten flauen Geschäftsganges denkt kein Fabrikant daran, seine Produktionsmittel zu erneuern oder gar zu vermehren. Fängt aber durch Eröffnung neuer Absatzmärkte oder durch Entstehung neuer Industriezweige die Nachfrage wieder an zu wachsen, dann eilen die Unternehmer, ihre abgenutzten oder veralteten Maschinen durch neue zu ersetzen und ihre Betriebe zu erweitern. Und da sich dieser Prozeß auf vielen Produktionsgebieten gleichzeitig vollzieht, wird er zu einem mächtigen Hebel der Hochkonjunktur. Nach ein paar Jahren sind eine große Anzahl von erweiterten oder neugegründeten Betrieben in Tätigkeit gesetzt; dadurch ist die Produktion außerordentlich vermehrt worden, und wenn auch der Warenabsatz zunächst noch glatt vor sich geht, so sind doch die Preise nicht mehr so hoch wie am Anfang der Hochkonjunktur. Die Mehrzahl der Fabriken sind nun auf eine Reihe von Jahren mit neuen Maschinen versehen; die hohen Profite und mit ihnen der Anreiz zu Neugründungen sind geschwunden; in der Produktionsmittelindustrie treten Geschäftsstockungen ein, die allmäh-

lich weitere Kreise ziehen und die allgemeine Krise mit herbeiführen helfen. Mit der Zeit nutzen sich dann die Maschinen wieder ab, was, da die meisten so ungefähr aus derselben Zeit stammen, auch wieder ziemlich gleichzeitig der Fall sein wird. Dann strömen der Produktion abermals die zur Erneuerung aufgehäuften Geldmassen zu und beleben die Nachfrage nach Produkten aller Art. So zeigt sich hier der Wechsel von Krise und Hochkonjunktur als eine Folge des langsamen und periodischen Umschlags des fixen Kapitals.

Der Streik in der Berliner Damenkonfektion.

Es ist ein zufälliges, aber dennoch bedeutungsvolles Zusammentreffen, daß zur selben Zeit, da der deutsche Reichstag über das Hausarbeitsgesetz beriet, in der Berliner Damenkonfektion ein Streik ausgebrochen ist. Während im Reichstag die bürgerlichen Parteien den Heimarbeitern einen wirksamen gesetzlichen Schutz versagten, indem sie die Lohnämter ablehnten, versucht ein Teil dieser Arbeiterschaft mit der Waffe des Streiks sich bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Seit dem großen Streik des Jahres 1896, seit 15 Jahren, ist dies der erste Streik in der Berliner Damenkonfektion.

Um die jetzige Bewegung besser verstehen zu können, müssen wir einen Blick auf die Veränderungen werfen, die in den 15 Jahren in der Lage der Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen eingetreten sind. Als 1896 der Konfektionsarbeiterstreik mit der Gewalt eines Naturereignisses über die nichtszahnende bürgerliche Gesellschaft hereinbrach, ward diese überwältigt von der Größe des Elends, das jene Bewegung mit einem Schläge ihr enthüllte. Die gesamte sogenannte öffentliche Meinung ergriff Partei für die Streikenden. Selbst ein preussischer Minister erklärte den Ausstand für berechtigt. An die Regierung wurde im Reichstag die Anfrage gerichtet, was sie zu tun gedenke, um dem Elend in der Konfektion abzuhelfen. Es folgte die Zeit der Erhebungen und persönlichen Vernehmungen durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik. Die beteiligte Arbeiterschaft stellte selbst ihre Forderungen an die Gesetzgebung, allerdings ohne auf ihre Erfüllung besonders zu hoffen. Aber etwas mehr, als in den seither verflossenen 15 Jahren Regierung und Gesetzgebung für die Heimarbeiter getan, konnte der größte Zweifler doch wohl erwarten. Das um so eher, als in diesem Zeitraum mehrere Heimarbeiterkongresse stattgefunden haben und Ausstellungen von Erzeugnissen der Heimarbeit veranstaltet wurden, die der Öffentlichkeit über das sprichwörtlich gewordene Heimarbeiterelend Anschauungsunterricht erteilen sollten. Wir können aber heute schon feststellen, ganz unbekümmert um den Ausfall des Hausarbeitsgesetzes, daß der sogenannte Heimarbeiterschutz im Deutschen Reich vollständig versagt hat.

Die 1896 von den Konfektionären unter dem Druck des Streiks und der öffentlichen Meinung versprochenen Lohnaufbesserungen sind zum Teil gar nicht eingetreten, zum Teil aber nachträglich zurückgezogen worden, als wieder Ruhe herrschte. Das konnten die Unternehmer ungestraft wagen, da ihnen zunächst fast nur unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüberstanden. Zur Zeit der Konfektionsarbeiterbewegung im Jahre 1896 war die Zahl der Mitglieder des Deutschen Schneiderverbandes auf 9423 männliche und 7886 weibliche gestiegen, am Schlusse desselben Jahres jedoch schon wieder auf 7563 männliche und 1956 weibliche Mitglieder gesunken. Während die Zahl der männlichen Mitglieder in den nächsten Jahren wuchs und 1900 bereits 13731 betrug, verminderte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder bis auf 589 im Jahre 1909. Von da an begaun sie wieder langsam zu steigen, und am Schlusse des Jahres 1910 hatte der Verband 35490 männliche und 8942 weibliche Mitglieder einschließlich der Wäschearbeiterinnen. Der erstarkenden Organisation gelang es denn auch, mit der Zeit bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, und zwar zunächst in der Herren- und Knabenkon-

fektion. Im Jahre 1906 wurde für das süddeutsche Konfektionsgebiet — Frankfurt a. M., Heidelberg, Mainz, Speyer und Worms — nach kurzem Streit ein Tarifvertrag abgeschlossen. Darauf folgte der Abschluß von Tarifverträgen in Elberfeld, München, Stettin und Stuttgart. Diese Tarife sind nach Ablauf des Vertrags sämtlich verbessert und hierauf wieder vertraglich festgelegt worden. Es ist dies allerdings erst nach längeren Kämpfen gelungen. Zu diesen Tarifverträgen kommen noch neuere Abschlüsse in Berlin, Bielefeld, Breslau, Jchenhausen und in der Oberlausitzer Konfektion. Auch in der Berliner und Bielefelder Wäscheindustrie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarif geregelt. Die Heimarbeiterinnen in der Berliner Wäscheindustrie jedoch konnten bisher leider von dieser Lohnregelung noch nicht erfaßt werden, weil sie nicht organisiert sind. Sonst gelten alle in der Schneiderei und Wäscheindustrie durch Tarif festgesetzten Vereinbarungen auch für die in den einzelnen Zweigen dieser Gewerbe beschäftigten Heimarbeiter und -arbeiterinnen.

Alle diese Lohnbewegungen sind bisher an der Damenkonfektion spurlos vorübergegangen. In der Lohnzahlung herrscht hier nach wie vor die seit Jahrzehnten übliche Willkür. Im September 1900 schrieb selbst ein Unternehmer im „Konfektionär“, daß die billigen Verkäufe der Herren Reisenden den Konfektionär dahin drängen, die Arbeitslöhne herabzusetzen, trotzdem die Arbeitsanforderungen für die Fertigstellung eines Stücks die gleichen bleiben. Dabei ist der Jahresumsatz in der Berliner Damenkonfektion von 90 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 220 Millionen Mark im Jahre 1910 gestiegen. Diese gewaltige Steigerung ist fast ausschließlich auf den gewachsenen inländischen Verbrauch zurückzuführen, während der Absatz im Ausland infolge unserer Zollpolitik nicht erhöht werden konnte. Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist in demselben Zeitraum von 17 000 auf 49 000 gestiegen. Von diesen 49 000 Arbeiterinnen waren am 1. Oktober dieses Jahres aber nur gegen 600 in unserem Verband organisiert. Infolge ihrer Organisationslosigkeit hatten sich auch die Zwischenmeister immer mehr die Preise herabdrücken lassen; außerdem hatten sie es anscheinend satt, für alle Übelstände in der Konfektion allein die moralische Verantwortung zu tragen. Sie gründeten deshalb einen Arbeitgeberverband für das Damenschneidergewerbe und stellten ihrerseits im September 1910 Forderungen an die Konfektionäre. Daß sie darauf jedoch gar keine Antwort erhielten, brachte die Zwischenmeister in Harnisch, so daß sie sich an dem am 12. Januar 1911 in Berlin stattgefundenen Deutschen Heimarbeitertag als Verband beteiligten und durch ihren Vertreter den dort gefaßten Beschlüssen zustimmten. Sie traten des weiteren an die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes und an den christlichen Gewerksverein der Heimarbeiterinnen mit der Aufforderung heran, gemeinschaftlich für die Damenkonfektion Tarife auszuarbeiten und den Konfektionären zu unterbreiten. Das ist geschehen. Der zustande gekommene fünfklassige Tarifentwurf ist nicht sehr umfangreich, weil er nur Jacketts, Paletots, Röcke, Kostüme, Staubmäntel, Abendmäntel, Capes, Kindersachen, Garnituren und Verschürungen umfaßt. Dieser Tarifentwurf enthält sowohl die Preise, die von der Firma an die Zwischenmeister zu zahlen sind, als auch die Löhne, die diese den Arbeiterinnen zu zahlen haben. Diese festgelegten Sätze gelten als Mindestlöhne.

Gegenüber diesen Forderungen stellten sich die Konfektionäre auf ihren bisher immer behaupteten Standpunkt, daß eine tarifliche Regelung der Löhne in der Damenkonfektion undurchführbar sei. Um jedoch nicht den Vorwurf auf sich zu laden, jede Erhöhung des Verdienstes abgelehnt zu haben, erklärten sie sich bereit, „die Löhne aufzubessern, soweit sich eine Aufbesserung als nötig herausstellt“. Auf die entschiedene Ablehnung der Konfektionäre hin, die Löhne irgendwie durch Tarife festzulegen, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Am 22. November haben in einer Versammlung die drei beteiligten Organisationen den Ausstand beschlossen. Die Einstellung der Arbeit, die ja nicht in die Hochsaison fällt, soll die Anfertigung der Muster

für die Frühjahrsaison verhindern und dadurch die Konfektionäre zum Nachgeben zwingen. Von den 3500 Zwischenmeistern beteiligen sich 2800 am Streit. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden, soweit sie organisiert sind, von unserem Verband beziehungsweise vom Gewerksverein der Heimarbeiterinnen unterstützt. Die große Zahl der Unorganisierten zu unterstützen, ist unmöglich. Da die meisten augenblicklich aber ohnehin keine Arbeit haben, so können sie auch keinen Arbeitslohn ein. Die Konfektionäre haben geschrieben, sie seien immer noch bereit, gemäß ihrer früheren Erklärungen eine Aufbesserung der Löhne in bindender Form vorzunehmen, wenn sie die Sicherheit erhielten, daß die Aufbesserung den Heimarbeiterinnen mit zugute kommt. Daß dies geschieht, dafür wird die Vertretung der Arbeiter schon sorgen, sobald überhaupt etwas bewilligt ist.

Auf Grund dieser Erklärung haben wieder Verhandlungen stattgefunden, allerdings ohne Ergebnis. Die Konfektionäre machten folgendes Angebot: Bei jeder Abrechnung mit den Meistern, die am Wochenschluß erfolgt, soll ein Zuschlag zur Gesamtsumme des Lohnes ausbezahlt werden. Der Zuschlag soll betragen: bei Stücklöhnen bis zu 2 Mk. 20 Prozent, bei solchen bis zu 4 Mk. 10 Prozent und bei Löhnen über 4 Mk. 5 Prozent, für die Kinderkonfektion 10 Prozent. Die Zwischenmeister sollten sich verpflichten, zwei Drittel des Zuschlags ihren Heimarbeiterinnen ausbezahlen. Mit der Überwachung der Durchführung dieser Bestimmungen sollte eine aus den beteiligten Parteien zusammengesetzte Kommission betraut werden. Da diese Vorschläge aber erst dann greifbare Gestalt bekommen, wenn der Stückpreis festgelegt wird, auf den der angebotene Lohnzuschlag aufgerechnet werden kann, die Konfektionäre aber gerade die Festsetzung dieser Stücklöhne nach wie vor zurückweisen, so wurden weitere Verhandlungen mit der Organisation der Unternehmer abgelehnt. Es ist aber zu erwarten, daß einzelne Fabrikanten zum Abschluß fester Lohnsätze sich bereit erklären werden. Wie der Kampf jedoch auch enden mag, den Heimarbeiterinnen muß es zur Lehre dienen, daß sie ohne eine feste Organisation nie eine entscheidende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erreichen werden, trotz allen Wohlwollens, das ihnen auch von bürgerlichen Kreisen entgegengebracht wird. Die letzten drei Gewerkschaftskongresse in Köln, Hamburg und Dresden haben es der organisierten Arbeiterschaft zur Pflicht gemacht, die Bestrebungen zur Organisation der Heimarbeiter nach Kräften zu unterstützen, vor allem dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihrer Berufsorganisation anschließen. Wenn alle organisierten Arbeiter diese Willensmeinung befolgten, so würden für die Heimarbeiter Besserungen leichter erreicht werden. Nicht alle Heimarbeiterinnen sind alleinstehende Mädchen, Frauen oder Witwen, sondern die Mehrzahl von ihnen sind Arbeiterfrauen und -töchter. Sie nähren teils das ganze Jahr, teils nur in der Saison, um etwas zum Unterhalt der Familie beizutragen, ohne genügend darauf zu achten, ob die Arbeit gut oder schlecht bezahlt wird, und ohne für sich die Notwendigkeit der Organisation anzuerkennen. Hierin muß vor allem Wandel geschaffen werden. Die Zeiten der erfolgreichen Kämpfe unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen sind vorbei, seit die Unternehmer sich zu mächtigen Trutz- und Schutzbündnissen zusammengeschlossen haben. Die Losung für die Arbeiter und Arbeiterinnen lautet also: Hinein in die Organisation. S. Stühmer.

Die Landtagswahlen im Herzogtum Braunschweig und die Wahlrechtskämpfe.

Das Landesparlament des Herzogtums Braunschweig ist ein kaum verhüllter Ausdruck der Klassenherrschaft des Besitzes. Es besteht aus 48 Abgeordneten, von denen 30 auf dem Wege der indirekten Dreiklassenwahl gewählt werden. Im Gegensatz zu Preußen ist die Wahl der Wahlmänner und der Abgeordneten geheim. Die übrigen 18 „Volksvertreter“ werden nur von einigen bevorzugten Berufsständen gewählt, von den Geistlichen, der höheren Bürokratie, den Großindustriellen,

den Höchstbesteuerten und den Großgrundbesitzern. Diese Handvoll Bevorrechteter nehmen aber auch an den allgemeinen Wahlen der 30 anderen Abgeordneten teil, sie besitzen also doppeltes Wahlrecht. Die Wahlberechtigung ist an die Vollendung des 25. Lebensjahres und an den Besitz der Staatsangehörigkeit geknüpft, in den Städten kommt noch das Bürgerrecht hinzu. Im Herzogtum sind die Wähler so verteilt, daß 5 Prozent der ersten, 20 Prozent der zweiten und die übrigen 75 Prozent der dritten Wählerklasse angehören. So ist mit einer spitzbüßischen Berechnung dafür gesorgt, daß Arbeiter unvertreten bleiben, das heißt heutzutage, daß kein böser Sozialdemokrat in den Landtag kommt.

Leider wird es auch diesmal dabei bleiben müssen, aber das letztemal. Die Entrechtung des braunschweigischen Volkes und die Erbitterung darüber hat sich denn auch bei den Mitte November vorgenommenen Wahlmännerwahlen mit nicht zu verkennender Deutlichkeit gezeigt. Die Wahlbeteiligung an sich war zwar in der ersten und zweiten Klasse geradezu trübselig, in der dritten Klasse etwas besser, aber die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist trotz alledem gewaltig gestiegen. Die Wahlmänner der dritten Klasse sind uns fast ausnahmslos zugefallen, in einigen Orten auch die der zweiten Klasse. Sogar in der ersten Klasse haben wir mehrere Wahlmänner bekommen.

In der Stadt Braunschweig zum Beispiel konnten wir diesmal bei der Urwahl rund 5200 sozialdemokratische Wähler mustern, davon rund 150 in der zweiten Klasse. Für die bürgerlichen Wahlmänner wurden dagegen rund 2900 Stimmen abgegeben, davon 300 in der ersten, 1000 in der zweiten und 1600 in der dritten Wählerklasse. Gegen 65 Prozent der abgegebenen Stimmen waren sozialdemokratisch. Bei der Wahl des Jahres 1907 wurden in der Stadt Braunschweig 3237 sozialdemokratische und 1862 bürgerliche Stimmen abgegeben. Während die Zahl der bürgerlichen Stimmen also um 300 zurückgegangen ist, hat die Sozialdemokratie 1800 Stimmen gewonnen. Das genaue Resultat aus dem Lande liegt noch nicht vor. Doch wird das Verhältnis das gleiche sein, der starke Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen ist außer Zweifel. Während in der Stadt Braunschweig im Jahre 1907 den Bürgerlichen in der dritten Klasse noch 17 Wahlmänner zuzielen, siegten diesmal unsere 144 Wahlmänner auf der ganzen Linie mit einer Zweidrittelmajorität.

Bei der Abgeordnetenwahl, die am 21. November vorgenommen wurde, zeigte sich die ganze brutale Entrechtung der Massen. Die Sozialdemokratie erhielt kein einziges Mandat und wird auch keins erhalten, trotz der Stichwahlen, an denen sie beteiligt ist. Dem schamlosen indirekten Dreiklassenwahlrecht ist es zu verdanken, daß die Abgeordneten gegen den Willen des Volkes gewählt sind. Und das nennt sich Volksvertreter! Die Bevorrechteten ernennen ihre Abgeordneten am 5. Dezember, von einer Wahl kann hier schon gar keine Rede sein.

Es dürfte einleuchten, daß die Arbeiter von einem derartig zusammengesetzten Welschackparlament nichts zu erwarten haben, daß es weder Rücksicht auf das Gemeinwohl noch auf Kulturinteressen kennt. Und daß der allergrößte Teil der Bevölkerung dieses Amboßspielen und dieses Zusehen von draußen endlich satt hat, ist auch selbstverständlich.

Die organisierte Arbeiterklasse Braunschweigs richtete deshalb in den letzten Jahren ihre Hauptstoßkraft darauf, die Zwingburg des Welschackwahlrechts zu erstürmen. Der Wahlrechtskampf zeitigte mehrere glänzend verlaufene Wahlrechtsdemonstrationen, in denen auch die Frauen unerschrocken und begeistert mitkämpften. Die Reaktion brauchte und mißbrauchte ihre Gewalt, um die Bewegung zu unterdrücken. Die Polizei fiel in wahren blutigen Straßenschlachten über die Demonstranten her, und die sogenannte Justiz schickte die Redakteure des „Volksfreund“ ins Gefängnis. Aber die Wahlrechtskämpfe sind nicht umsonst gewesen: sie haben die Köpfe der Massen revolutioniert und damit dem ganzen politischen Leben einen kräftigen Pulsschlag gegeben, die Partei warb durch sie zahlreiche Anhänger, der „Volksfreund“ viele Hundert neuer Leser.

Aber das nicht allein. Dem neugewählten Landtag wird ein Regierungsentwurf zur Wahlrechtsreform zugehen. Diese eigenartige „Reform“ hält das Vorrecht der Besitzenden und die Dreiklassenwahl fest. Es bleiben also die 18 Abgeordneten der Privilegierten. Das indirekte Wahlssystem aber soll durch das direkte ersetzt werden, und jede der drei Steuerklassen soll 12 Abgeordnete wählen. Dieser mehr als bescheidene Vorteil ist mit bedeutenden Verschlechterungen verquitt: 3 Jahre Staatsangehörigkeit und Hinausschiebung des Wahlalters von 25 auf 30 Jahre. Die Wahlrechtsreform der Regierung ist ein insamer Hohn auf die Rechtsforderungen der Arbeiter. So scheußlich aber auch das neue Wahlrecht aussehen wird, so wird es doch bei der nächsten Wahl eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter in den Landtag bringen. Zum erstenmal wird man hier die Stimme rücksichtsloser Kritik hören.

Als die Vorlage im vergangenen Sommer beraten wurde, hat der Liberalismus eine klägliche Rolle gespielt: nicht ein einziger Liberaler war für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu haben. In Braunschweig wird es jedoch keine Ruhe geben, bis dieses Recht erkämpft ist. Unter Führung der Sozialdemokratie werden es die Arbeiter den Herren zeigen, daß sie auch noch da sind. Der Wahlrechtskampf muß in verschärfter Form entbrennen.

Die Reichstagswahlen sind ein Vorpiel des neueinsetzenden Wahlrechtskampfes. Wie sie im allgemeinen und in der Stadt Braunschweig im besonderen ausfallen, davon wird der Kampf um gleiche politische Rechte im Herzogtum wesentlich beeinflusst werden. Die Leserkinnen wissen, daß dieser Kampf auch dem vollen Bürgerrecht der Frau gilt.

Deshalb, Proletarierfrauen im braunschweigischen Lande, nehmt regsten Anteil am politischen Leben. Eine jede von euch, die zu uns steht, muß zur Agitatorin unter den noch gleichgültigen Klassenschwestern werden. Recht viele, ja alle von ihnen müssen zu uns kommen. Eure Zeitung, die „Gleichheit“, ist eines der besten Mittel zur Aufklärung der Frauen, ist eine Waffe im Kampfe für euer Recht. Nutzt sie, indem ihr euch durch sie bildet, verbreitet sie und schult dadurch neue Anhängerinnen. Die bevorstehenden Reichstagswahlen müssen nicht bloß eine Etappe im Kampfe der Arbeiterklasse für ihr Recht und ihre Befreiung sein, sie müssen auch das Vorwärt im Kampfe für die Gleichberechtigung der Frau zeigen. o. g.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Anfang November sprach ich im Kreise Magdeburg in einer Anzahl Versammlungen über die Themat: „Wer trägt in Deutschland die Schuld an dem Elend und dem Hunger des Volkes?“, „Teuerungsnöte und Kriegsgefahren“. Die Versammlungen hätten zum Teil besser besucht sein können. Ein guter Besuch war in den kleineren Orten Alen a. G., Tangermünde und Althaldensleben zu verzeichnen. In Halberstadt, Schönebeck und Aschersleben waren dagegen die Veranstaltungen schwach besucht, ein Umstand, der besonders die dortigen Genossinnen für die nächste Zeit zu intensiverer Kleinarbeit in der Agitation anspornen muß. Immerhin haben uns die Versammlungen neuen Zuwachs an Mitgliedern gebracht, in Alen zum Beispiel 43, in anderen Orten 18, 20 usw., so daß trotz allem unsere Gewisheit unerschütterter sein darf: Wir marschieren! Viel interessanter und erfolgreicher war eine zweite Agitationstour, die ich im Kreise Frankfurt a. M. abhielt. Führte mich doch mein Weg in die „berühmten“ Orte Fulda, Herborn, Wehlar, in den Westerwald und ins Ländchen der Schwereisenproduktion und der christlich-sozialen Volksverdummung, ins fromme Siegerland. Wo es uns vor zwei, drei Jahren noch kaum möglich war, auch nur eines unserer Flugblätter zu verbreiten, geschweige denn eine Versammlung abzuhalten, kann man heute zu den Leuten sprechen, wenn auch meist vorerst nicht mehr als 15 bis 20 oder noch weniger erscheinen. Freilich muß man auch damit rechnen, daß einem mitunter die „geistigen“ Waffen der frommen Herren in concreto auf dem Rücken herumtanzen, wie ich es in Bottenhorn beinahe erlebt hätte. Aber die Welle der Unzufriedenheit steigt beständig im Kleinbauernum wie unter den Kleinbürgern. Und diese Unzufriedenheit ist vielen ein Anstoß zum Denken geworden, wird für viele weitere einer werden. Und wer am Ende der lachende Erbe dieser

jezt so beschleunigten Entwicklung sein wird, darüber besteht kein Zweifel. In Fulda, Herborn und Wehlar war die Zahl der anwesenden Frauen gegen die der Männer recht gering, in Würgeß und Höhr am Westerwald war sie dagegen recht beträchtlich. Es wurden auch überall zahlreiche Aufnahmen in die Partei gemacht. Was die kleinen Orte des Siegerlandes anbetrifft, so werden wir uns wohl für die nächste Zeit noch auf die Organisation der Männer beschränken müssen. Sind doch auch diese, selbst wenn sie Proletarier und nicht mehr ganz indifferent sind, nur sehr schwer zu bewegen, der Organisation beizutreten. Die Frauen aber stehen in diesen Orten noch ganz im Banne der kleinbäuerlichen Auffassung. Durch schwere überlange Arbeit an Haus und Feld gefesselt, ohne die Gelegenheit, ihr Leben an dem anderer zu messen und dadurch zu erkennen, wie wenig menschenwürdig es ist, durch ihren kleinen Besitz vor der allergrößten Not geschützt, trotten sie in den alten ausgefahrenen Straßen dahin, ohne groß nach rechts oder links zu blicken. Was ihr Geist an Nahrung braucht, gibt ihnen die Religion. Aber die Kinder dieser Frauen werden durch die wachsende Industrialisierung aus den alten Verhältnissen herausgerissen, und sie gehören uns. In Quotzhausen waren in der Versammlung die beiden Lehrer anwesend, die sowohl meinen Ausführungen wie denen unseres Kandidaten aus Siegen recht eifrig beipflichteten. In Vottenhorn, wo es, wie schon erwähnt, beinahe Prügeln geseht hätte, erklärte ein Anhänger des Bundes der Landwirte die Feststellungen über die Steuern, Zölle und Einfuhrscheine für grobe Lügen. Das Brot sei nicht besteuert, eine Not gäbe es überhaupt nicht. Diese Behauptungen machte der Herr durch Zwischenrufe, zu einer Diskussion, wo er beweisen konnte, was er behauptete, war er aber nicht zu haben. Er entrüstete sich besonders auch darüber, daß über die famosen Steuerhinterziehungen der Großgrundbesitzer gesprochen wurde und versprach, mich beim Herrn Dr. Möhle zu denunzieren, weil ich diesen Herrn mit unter die „Sünder“ eingereiht hatte. Vielleicht gibt es also Gelegenheit, diese Betrügereien noch gerichtlich festlegen zu lassen. In Dautphe sprach ich Sonntag nachmittag unter freiem Himmel. Trotz des ganz schenkschen Wetters hatten sich aus den kleinen Orten der Umgebung über 120 Personen eingefunden. Der anwesende Gendarm rettete das Vaterland, indem er einen etwa vierjährigen Jungen, den sein Vater an der Hand hielt, aus der Versammlung entfernte. Im Kreise Wiesbaden fanden sechs Versammlungen statt. In Wiesbaden selbst war der Besuch ein so guter, wie er es seit langer Zeit nicht gewesen war. Über 40 Aufnahmen in die Partei waren das Resultat. Auch in Schierstein war das Lokal zu klein, um die Teilnehmer zu fassen. Dort holten wir 16 neue Mitglieder. Gut besucht war auch die Vereinsversammlung in Wieblich, zu der die Frauen der Mitglieder eingeladen worden waren. Wir buchten 18 Aufnahmen für die Partei und einige neue Abonnenten für die „Volksstimme“. Auch von den Versammlungen in Bierstedt und Dogheim läßt sich nur Gutes sagen. Je näher der Wahltag rückt, je heißer die Kämpfe entbrennen, desto heller loht auch die Begeisterung in unseren Reihen empor, desto ernsthafter setzt sich die Arbeitsfreudigkeit in kraftvolle Tat um. Und eines ist gewiß. Wie immer die Wahl ausfallen mag, sie wird etwelchen „Instrumenten des Himmels“ sicher keine Gelegenheit geben, noch einmal ein Triumphlied über die „Niedergerittenen“ zu pfeifen.

B. Selinger.

Nach langer Zeit wieder fand in Glauchau eine öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher Genossin Reichert-Berlin über das Thema referierte: „Was lehrt die Teuerung die Frauen?“ Die Versammlung hatte einen außergewöhnlich starken Besuch, und zwar fast ausschließlich von Frauen. Es war das erste Mal, daß wir diesen Umstand verzeichnen konnten, und es wird hoffentlich nicht das letzte Mal gewesen sein. Am Schlusse ihrer Rede forderte die Referentin die Anwesenden auf, sich politisch zu organisieren. Die Genossinnen hatten Beitrittsformulare auf den Tischen ausgelegt und konnten 86 Anmeldungen von Parteimitgliedern verzeichnen. Seit 1904 besteht in Glauchau eine Frauenorganisation, welche seinerzeit von Genossin Zieh ins Leben gerufen wurde. Es wollte aber kein rechter Zug in unsere Bewegung kommen, bis vor etwa Jahresfrist einige rührige Genossinnen eine Hausagitation vornahmen, die so gute Erfolge hatte, daß von da an die Genossinnen regelmäßig alle vierzehn Tage Lesabende abhalten konnten. Diese waren freiz von etwa 15 bis 20 Frauen besucht, jetzt ist die Teilnehmerzahl zu unserer Freude auf über 40 gestiegen, und wir hoffen, den Kreis der Ausflügelungshörungen noch zu erweitern. Für die Lesabende hat es uns an Stoff bis jetzt noch nicht gefehlt, trotzdem wir in dieser Hinsicht ganz auf uns selbst angewiesen sind. Die Erfolge der Arbeit der Genossinnen machen sich überall bemerkbar. Es ist ein anderer Geist über die

proletarischen Frauen gekommen, wozu die unerhörte Teuerung ihr Teil beigetragen haben mag. Erfreulicherweise wird jetzt auch in der sozialdemokratischen Presse der Mitarbeit der Frauen eine größere Bedeutung beigemessen als früher.

Mara Lemler.

Am 8. November sprach Genossin Wackwitz-Dresden in Freiburg i. B. in dicht besetztem Lokal, das größtenteils Frauen füllten, über: „Die Frauen und die kommende Reichstagswahl“. Sie schilderte in ergreifender Weise das Leben der erwerbstätigen Frauen und Mädchen, insbesondere das der proletarischen Mütter und Kinder. Mit trefflichen Worten kennzeichnete sie das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Ihre Ausführungen endeten in der Mahnung, daß jeder und jede dazu helfen müsse, dem Reichstag eine andere Mehrheit zu geben und den 12. Januar 1912 zu einem Markstein in der politischen Entwicklung Deutschlands zu machen. Der reiche Beifall bewies, wie sehr die Versammlungsteilnehmer mit Genossin Wackwitz übereinstimmten. An der Diskussion beteiligten sich einige Genossen. Nach kurzen Schlußworten der Referentin und der Vorsitzenden folgten 21 Zuhörerinnen der an sie ergangenen Aufforderung, der Organisation beizutreten. Wir hoffen, auch weiterhin immer neue Anhängerinnen unserer Sache zu gewinnen. Marie Markloff.

Stellungnahme der weiblichen Funktionäre Groß-Berlins zur Reichstagswahl. Die Parteileitung von Groß-Berlin hatte zum 21. November die weiblichen Funktionäre zusammengerufen, um die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl und die Mitarbeit der Frauen im Wahlkampf zu erörtern. Der Wilsesche Saal war dicht besetzt. Die Genossen Ernst und Böcke leiteten die Sitzung. Der Vorstand jeder Kreisorganisation war vertreten. Genossin Zieh hatte das einleitende Referat. Sie zeichnete scharf umrissen die gegenwärtige politische Situation und wies nach, daß diese den Wahlkampf zu einem Höhepunkt in dem großen geschichtlichen Ringen der Klassen machen werde. In solchem Kampfe gedächten die Frauen gewiß nicht an lechter Stelle zu stehen. Teuerung, Kriegsgefahr und innerpolitische Reaktion seien alles Dinge, unter denen der weibliche Teil der Arbeiterklasse sicher nicht zum wenigsten zu leiden hat. Die Rednerin zeigte den ursächlichen Zusammenhang dieser Erscheinungen als Ausflüsse einer hochentwickelten kapitalistischen Produktion und wies an der Hand von Beispielen ihre Folgen und Begleiterscheinungen für das Proletariat und für die einzelnen Familien nach. Sie beleuchtete die Pflichten der Arbeiterklasse, den Wahlkampf zur bestmöglichen Propaganda für unsere Weltanschauung zu nutzen, um damit über das praktische Ergebnis des Wahlkampfes hinaus unsere sozialdemokratische Bewegung vorwärtszutreiben und doch auch gleichzeitig die Begeisterung für unsere Zukunftsziele dem Wahlkampf und dem Wahlergebnis nutzbar zu machen. Sodann besprach sie eingehend die Aufgaben der Genossinnen im Wahlkampf. Pflicht der weiblichen Funktionäre sei es, zunächst in den Lesabenden und Zahlabenden die übrige weibliche Mitgliedschaft mit dem Bewußtsein von der Bedeutung der Wahl in dem angeführten Sinne zu erfüllen und sie zu intensiver Agitations- und Wahlarbeit aufzurufen. Dann die Zeit der politischen Erregung zur Propaganda für unsere Anschauungen, für den Ausbau unserer Organisation und für die Verbreitung unserer Presse, des „Vorwärts“ und der „Gleichheit“, zu nutzen. Das könne und müsse geschehen in den allgemeinen Wähler- und Volksversammlungen wie in den besonderen Frauenversammlungen, die sicher die Berliner Parteileitung einberufen werde. Das müsse aber auch geschehen in Familien- und Freundeskreisen, an der Arbeitsstätte und bei Vergnügungen, bei Besuchen vom Lande oder auf dem Lande, in der Markthalle oder im Kaufladen, wo immer die Gelegenheit gegeben sei. Bei der Wahlarbeit gelte es Flugblatt- und Stimmzettelverteilung, Anlegung und Führung der Wählerlisten und vor allem Leistung von Schlepperdienst. Arbeit gebe es in Hülle und Fülle, und für alle Mühe, für alle Verhöhnung und Beschimpfung durch Gedankenlose und Rohlinge sei der beste Lohn der Erfolg bei der Wahl, die zu einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie werden müsse.

An den mit lebhafter Begeisterung ausgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, an der sich die Genossinnen Jährenwald, Ahrendsee, Bien, Waldhauer und Wengels beteiligten. Allgemein ward der Wunsch nach öffentlichen Frauenversammlungen laut, in denen die Stellungnahme der proletarischen Frauen zur Reichstagswahl erfolgen soll und denen eine allgemeine Flugblattverbreitung vorangehen soll. Ferner ward gewünscht, daß im Januar ein Extralesabend eingelegt werden möge, in dem die weiblichen Mitglieder in der technischen Wahlarbeit unterwiesen werden. Genosse Ernst, der das Ergebnis der Diskussion zusammenfaßte, stellte die weitestgehende Berücksichtigung

der Vorschläge in Aussicht. Ein solch harmonisches Hand-in-Hand-arbeiten, das unsere Genossinnen überall anregen und die Kreisleitungen durchführen sollten, würde sicher der Gesamtbewegung gute Dienste leisten, vor allem aber das Ergebnis des Wahlkampfes erheblich verbessern. Wir empfehlen deshalb den Genossinnen allerwärts, im örtlichen Vorstand ein ähnliches Vorgehen anzuregen. Gerade bei dieser Wahl findet eine Anspannung aller Kräfte statt. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion haben in ihrem Wahlauftrag betont, daß die weitestgehende Mitarbeit der Frau notwendig ist.

Eine Frauenkonferenz für den Bezirk Oberrhein tagte Mitte Oktober in Köln. Anwesend waren 17 Genossinnen als Delegierte der einzelnen Kreise, 6 Wahlkreisleiter, die Parteisekretäre von Köln und Mülheim, ein Vertreter der „Rheinischen Zeitung“, die drei Mitglieder des Agitationskomitees und Genossin Zieh als Vertreterin des Parteivorstandes. Der Bezirkssekretär Genosse Hofrichter gab einen Überblick über die Arbeit, die bisher im Interesse der Gewinnung von Anhängerinnen und zur Schulung der Genossinnen des Bezirkes geleistet wurde. Seine Darlegungen zeigten, daß die Bezirksleitung der Frauenbewegung die größte Aufmerksamkeit gewidmet und fortgesetzt Anregungen gegeben hat, die jedoch nicht überall von den Kreis- beziehungsweise Ortsleitungen befolgt wurden. Genosse Hofrichter bedauerte diese Unterlassungssünden lebhaft und sprach den Wunsch aus, daß das Ergebnis der Konferenz in allen Kreisen Beachtung und Berücksichtigung finden möge, damit auch im oberrheinischen Bezirk die proletarischen Frauen in steigender Zahl in unsere politische Organisation eingereicht und ihre Kräfte der sozialdemokratischen Bewegung nutzbar gemacht würden. Die Kreis- und Ortsleitungen dürften auch nicht immer warten auf die Anregungen der Bezirksleitung oder auf das Drängen und die Anregungen der weiblichen Mitglieder, sondern sie hätten die Pflicht, selbständig auf Grund eigener Initiative Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu entfalten. Genossin Zieh betonte, daß die politische Organisierung und Schulung der Frauen nicht allein diesen, sondern der Gesamtbewegung zugute käme. Die Gesamtbewegung könne die Beteiligung der Frauen an ihr absolut nicht mehr entbehren. Bei den sich fortgesetzt zuspitzenden Klassenkämpfen werde diese vielmehr in immer höherem Maße eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. Jede von uns organisatorisch und geistig erfasste Frau verringert das Heer der Gegner in unseren eigenen Reihen, das Heer der Indifferenten. Damit werde unsere Agitations- und Organisationsarbeit, die Verbreitung unserer Presse erleichtert, unsere Werbekraft erhöht. Jede für uns gewonnene Frau stärkt das Heer unserer Klassenkämpfer. Die wachsende Zahl der zielklaren Mitstreiterinnen befeuert den Kampfesmut, beseitigt das kraftvolle Wollen der Organisierten, sichert das Gelingen ihrer Aktionen und hebt damit ihr Selbstgefühl. Das Fortschreiten und Erstarken unserer Jugendbewegung ist um so sicherer, je mehr die Proletarierinnen überzeugte Sozialistinnen sind. Diese kommen alsdann nicht allein zu uns, sondern bringen uns auch ihre Kinder. Genossin Zieh besprach sodann die besten Methoden zur Gewinnung der Frauen: Gut vorbereitete öffentliche Versammlungen (Frauenversammlungen), in denen möglichst Fragen zu erörtern seien, die das Interesse der Frauen besonders wachrufen und fesseln. Neben den großen Versammlungen, die gleichzeitig Rundgebungen der proletarischen Frauen zu bestimmten Fragen sind, gelte es, bezirksweise in den größeren Städten Agitationsversammlungen zu veranstalten. Immer müsse in diesen Versammlungen von Tisch zu Tisch, von Person zu Person aufgefördert werden zum Eintritt in die Partei, zum Abonnement auf die Parteipresse. Gute Berichte über diese Versammlungen in unserer Parteipresse verstärken den agitatorischen Erfolg; ebenso könne die Presse durch Artikel und Notizen über die Frauenbewegung unsere Werbearbeit unter den Proletarierinnen erleichtern und erfolgreicher gestalten. Es müsse alles geschehen, um die Überzeugung von der Notwendigkeit der Beteiligung der Frauen am Klassenkampf zum Gemeingut des Proletariats zu machen. Eine gut vorbereitete und durchgeführte Hausagitation habe die Werbearbeit in den Versammlungen zu ergänzen.

Die praktische Schulung der Genossinnen geschehe durch ihre Mitarbeit in der Organisation, die ihnen erst so recht das Gefühl der Zugehörigkeit zur Partei gibt.

Zur theoretischen Durchbildung dienen die Veseabende, für die jetzt vom Parteivorstand ein Leitfadens herausgegeben worden ist, und für fortgeschrittene Genossinnen könnten eventuell Kurse eingerichtet werden. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen, die Rednerin näher bespricht, seien noch besondere Veranstaltungen zur Gewinnung und Schulung der Frauen notwendig, deren Or-

ganisierung auch nicht durch zu hohe Beiträge erschwert werden dürfe.

Eine sehr lebhafte Diskussion der Genossinnen setzte nun ein, und es war eine Freude, ihr zuzuhören. Junge, lebhafte Genossinnen wetteiferten da mit unseren älteren, in der Bewegung erfahrenen Kämpferinnen, ihre Sache geschickt zu führen, Anregungen zu geben, Wünsche zu äußern, ihre Erfahrungen der Bewegung dienstbar zu machen. Aus allen Reden leuchtete der lebhafteste Wunsch, mitzuarbeiten, sich zu betätigen, die Bewegung vorwärtszutreiben. Alle Reden waren aber auch ein glänzender Beweis dafür, daß unter unseren oberrheinischen Genossinnen ein reiches Maß Intelligenz vorhanden ist, die es unserer Bewegung immer nutzbarer zu machen gilt. Im Namen des Agitationskomitees erklärte Genosse Hofrichter, der das Ergebnis der Aussprache zusammenfaßte, daß vom Komitee aus alles geschehen werde, um auch auf dem schwierigen Gebiet des oberrheinischen Bezirkes die Proletarierinnen mit sozialistischer Überzeugung zu erfüllen, sie der sozialistischen Bewegung zuzuführen. Der erste Schritt dazu ward bereits auf dem oberrheinischen Parteitag in Kreuznach getan, auf dem Genosse Hofrichter in eindringlicher und begeisterter Weise für die Förderung der Frauenbewegung und für die Berücksichtigung der auf der Frauenkonferenz geäußerten Anregungen eintrat. Daß die Arbeit unserer oberrheinischen Genossen und Genossinnen vom besten Erfolg begleitet sein möge, ist unser lebhaftester Wunsch.

L. Z.

Genossin Johanna Grünfeld, Freiburg i. Br. † Nach langer schwerer Krankheit verschied am 5. November in Freiburg i. Br. Genossin Johanna Grünfeld. Sie war Mitbegründerin unserer sozialdemokratischen Frauensektion und wurde durch das Vertrauen der Genossinnen an deren Spitze gestellt. Genossin Grünfeld ist auf diesem Posten als Rednerin und Agitatorin erfolgreich tätig gewesen, und erst als schwere Krankheit ihr das Wirken unmöglich machte, gab sie ihn auf. Ihr Verlust ist um so schmerzlicher, als wir von ihrer Begabung und ihrer selbstlosen Hingabe an die Bewegung viel fruchtbarliche Arbeit im Dienste unserer Ideen erhofften. Drei Kindern, an denen sie mit tiefer Häßlichkeit hing, war sie eine fürsorgende Mutter. Das Leben der Verstorbenen ist ein Leben treuer Pflichterfüllung gewesen, das in persönlicher Beziehung wie in Arbeit und Kampf für das sozialistische Ideal vorbildlich war. Die Genossen und Genossinnen werden der Dahingegangenen ein dauerndes Andenken bewahren und in ihrem Sinne weiterwirken.

Marie Maryhoff.

Politische Rundschau.

Der Marokkhandel hat den Gegensatz zwischen England und Deutschland verschärft. Das zeigt sich auch darin, daß dieses Abenteuer mit einer Debatte über das Verhältnis dieser beiden Staaten vorläufig abschließt. In der Budgetkommission des deutschen Reichstags hat der Staatssekretär des Äußern in einer vertraulichen Sitzung den Abgeordneten Aufklärung gegeben, soweit er das für notwendig hielt, über den Gang der Politik in der Marokkfrage. In einem Auszug, der das Vertrauliche ausschied, wurde dann die Erklärung des Staatssekretärs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Am meisten Beachtung fand dabei das, was der Staatssekretär über die Rolle Englands in der Marokkgeschichte mitteilte. Der englische Minister des Äußern, Grey, hat darauf eine Darstellung der Vorgänge vom Standpunkt der englischen Regierung aus gegeben. Schon vorher hatte ein englischer Militär, ein Kapitän Faber, aufsehenerregende Enthüllungen gemacht in einer Rede, in der er dem Oberbefehlshaber der Flotte mangelnde Vorbereitung für den Kriegsfall vorwarf. Der Kapitän behauptete, England habe in diesem Sommer zweimal, im Juli und im September, seine Flotte auf Kriegsfuß gegen Deutschland gesetzt und die Entsendung von 150 000 Mann Landtruppen nach Belgien zur Unterstützung des französischen Heeres vorbereitet. Ja, es hätten sogar einmal englische Kriegsschiffe bereits den Befehl erhalten, deutsche Torpedoboote, die sich in schottischen Gewässern aufhielten, aufzusuchen und zu vernichten, doch sei die Weisung hierzu zu spät ergangen. Dieser Rede ist widerprochen worden, insofern der Kapitän das oberste Flottenkommando der mangelnden Bereitschaft beschuldigt hatte. Dagegen ist seinen Mitteilungen über die Kriegsvorbereitungen nicht entgegengetreten worden, sie wurden vielmehr von verschiedenen Seiten bestätigt. Und des Minister Greys Rede im englischen Parlament bestätigt mittelbar gleichfalls, wie nahe der Ausbruch des Krieges war, wie sich denn auch in der Erklärung Kiderlen-Wächters genügend Anhaltspunkte dafür finden. Aus den Reden beider Minister geht hervor, daß der Meinungsaustausch zwischen Berlin und London zeitweise eine sehr schroffe Form angenommen hatte.

Klarer denn je liegt jetzt zutage, daß uns der Marokkohan- del mehrere Male dicht an den Abgrund des Krieges geführt hat. Und das ist das Wesentliche für die Arbeiterklasse. Den Streit, ob die Regierung des einen Landes mehr Schuld trifft für diesen gefahr- drohenden Verlauf als die des anderen Landes, können wir ruhig den bürgerlichen Parteien überlassen. Gewiß ist, daß die Gefahren, mit denen die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten die Völker bedrohen, durch Dummheit oder gewissenlosen Ehrgeiz der Staatsmänner vergrößert werden können. Und sicher ist gleichfalls, daß die deutschen Diplomaten nicht viel Vertrauen zu ihrem Hand- werk erwecken, da sie bekanntermaßen weniger nach Fähigkeit als nach Stand und Rang oder auf Grund irgend einer allerhöchsten Laune ausgewählt werden. Aber all das ist schließlich nur Neben- sache. Die eigentliche Ursache der unablässig drohenden Kriegsgefahr und die treibende Kraft der die Welt immer schwerer belastenden kriegerischen Rüstungen ist der Imperialismus, das heißt der Aus- dehnungsdrang des Kapitalismus. Das Kapital, das geht von dem Stachel des Wettbewerbes sich immer mehr fremde Gebiete der Erde sichern muß, will es nicht im eigenen Überfluß ersticken, treibt die Staaten in den Kampf um die Weltmacht und gibt den Staats- männchen die Gelegenheit, auf dem Schachbrett der äußeren Poli- tik mehr oder weniger gut berechnete Züge zu wagen. Auch wenn die Diplomaten so fähig und gewissenhaft wären, als sie es nicht sind, können in der auf Ausbeutung begründeten kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Kriegsgefahren nicht ausbleiben. Auch ohne den Ehrgeiz, die Schlaueit oder Dummheit, auch ohne die Unterlassungsfünden oder die gewagten Streiche der Staatsmänner müssen die Ausdehnungs-, die Raubbestrebungen der Bourgeoisien der verschiedenen Länder zusammenstoßen. Daran ändert sich nichts, solange eben die kapitalistische Gütererzeugung noch herrscht. Aber die Erkenntnis, welche Gefahren die kapitalistische Gesellschafts- ordnung über die Völker bringt, wie in dieser das Schicksal der Massen der mehr oder minder großen Geschicklichkeit einiger Staats- männer, als der Geschäftsführer der herrschenden Klasse, ausge- liefert werden muß, diese Erkenntnis wird einer der Hebel sein, mit denen diese Gesellschaftsordnung umgewälzt wird. Diese Erkenntnis hat aber der Verlauf des Marokkohan- dels wirksam gefördert. Die Rechenschaftsablegung der Minister diesseits und jenseits des Na- nals hat ja nur offener die empörende Tatsache enthüllt, daß in der Hand einer kleinen Anzahl von Menschen das Schicksal von Millionen liegt. Diesen Zustand kann nur der Sozialismus be- seitigen. Denn daß auch eine demokratische Verfassung des kapita- listischen Staates die Völker nicht vor der Entmündigung in der auswärtigen Politik schützt, das sehen wir gerade jetzt in England und Frankreich. In diesen Ländern mag ein etwas größerer Kreis von Personen an der auswärtigen Politik mit Herumschüßern, der Eintritt in diesen Kreis mag mehr Sache des eigenen Ver- dienstes sein und die Öffentlichkeit mag etwas besser über den Gang der auswärtigen Angelegenheiten unterrichtet werden als in Deutschland, dem Reiche der Junkerherrschaft und des persön- lichen Regiments. Aber die Ausschaltung der Volksvertretung aus der äußeren Politik besteht auch in jenen demokratischen Ländern, denn sie ist notwendig, solange eine der Hauptaufgaben des Staats darin bestehen muß, andere Staaten zu beherrschen und fremde Völker der Ausbeutung zu unterwerfen. Solange es die Gegensätze der kapitalistischen Weltordnung und damit Kriege und Kriegs- gefahr gibt, so lange muß die Staatskunst im geheimen arbeiten und der Überwachung der Volksvertretung entzogen werden.

Dem Proletariat muß der Marokkohan- del die Notwendigkeit zum Bewußtsein bringen, jederzeit gerüstet zu sein, den Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen und unablässig der Weltmächts- und Kolonialpolitik grundsätzlichen Widerstand entgegenzusetzen. Die proletarischen Friedensumgebungen sind mit eine der Kräfte ge- wesen, die den Frieden in der Zeit der Gefahr erhalten haben. Was nunmehr von den Regierungen über den bedenklichen Verlauf der Dinge bekanntgegeben worden ist, hat denen recht gegeben, die in diesem Sommer den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie aus seiner Untätigkeit der Kriegsgefahr gegenüber aufgerüttelt haben. Die Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß den Herrschenden in allen Ländern die heilsame Furcht vor dem, was dem Kriege folgen wird, nicht abhanden kommt.

Arbeit genug wird sie auf diesem Gebiet bekommen. Denn das Rüstungsfieber beginnt bereits wieder zu steigen und sich auszu- breiten. Der englische Minister des Äußeren hat zwar seiner Rede einen versöhnlichen Schluß gegeben, Deutschland zur An- nahme eines besseren Verhältnisses eingeladen und getan, als habe England gegen koloniale Ausdehnung Deutschlands nichts einzuwenden. Wie weit das ernst gemeint, wie weit es billige Lebensart war, bestimmt, den Segner vor der Welt ins Unrecht zu

sehen, das ist schwer auszumachen. Aber jedenfalls hat dieser ver- söhnliche Schluß in der bürgerlichen Presse Deutschlands eine sehr tühle Aufnahme gefunden. Dagegen wird unter Ausnützung der Enthüllungen Kapitän Fabers über die Kriegsbereitschaft Eng- lands im Sommer und Frühherbst wieder eifrig gegen England gehetzt und für eine Verstärkung unserer Rüstungen zu Wasser und zu Lande geworben. Die Flottenschwärmer überbieten ein- ander in dem Entwerfen ungeheurer Pläne — die „Rheinisch- Westfälische Zeitung“, die Wortführerin des Kohlen- und Eisen- kapitalis, ist schließlich bei der Forderung von 72 Dreadnoughts an- gelangt. Wir haben jetzt 15, teils fertig, teils noch im Bau. Da eines dieser Ungetüme rund 50 Millionen Mark kostet, so würde der Bau der an der vollen Zahl noch fehlenden gegen 2850 Millionen, also fast 3 Milliarden Mark verschlingen! Damit Michel nicht ein- seitig belastet werde, tritt ein General z. B. für die Gründung eines Heeresvereins ein, der dafür sorgen soll, daß das Landheer gegen- über der Flotte nicht ins Hintertreffen gerät. England hat übrigens mitteilen lassen, daß es auf deutsche Flottenverstärkungen in tat- kräftigster Weise antworten wird. Schon die Rede Greys betont das. Und außerdem wird gemeldet, daß die englische Regierung eine Anleihe von 600 Millionen Mark für den Ausbau der Flotte auf- nehmen will. Unterrichtete Kreise behaupten sogar, die Summe werde noch höher sein! Den Neben in den Parlamenten zu Be- ginn des Jahres über Abrüstung folgt bereits zu Jahreschluß die Ankündigung eines verstärkten Wettüftens.

Natürlich werden die bürgerlichen Parteien die patriotische Entrüstung über das heimtückische England, das um ein Haar das so friedliebende Deutschland überfallen hätte, tüchtig schüren, um daraus für die Wahlen Nutzen zu ziehen. Indes ist ihr Bestreben, damit noch eine zugkräftige Wahllosung zu gewinnen, nicht sehr aussichtsvoll. Denn hinter dem Zweck und der Folge der England- hege, hinter der Forderung neuer Rüstungen erhebt sich die Frage der Deckung der neuen Ausgaben, die ihnen das Spiel verdirbt. Die „Post“ hat schon mitgeteilt, daß die verbündeten Regierungen auf keinen Fall zur Deckung der Kosten eine Reichsvermögens- steuer zulassen werden!

Die Nationalliberalen haben zu Berlin eine Tagung abgehalten. Ihre Vertreter haben einem Wahlausruf und einer Rede Wassermanns zugestimmt, die stellenweise halbwegs liberal klangen, natürlich aber auch nicht der üblichen Vegeisterung für kriegerische Rüstungen und der Befürwortung einer schneidigen Auslandspolitik entbehrten. Die liberalen Worte verpflichten indes zu nichts — es ist niemandem im nationalliberalen Lager ver- wehrt, bei den Wahlen Zentrum und Konservativ zu unterstützen. Daß es an solcher Unterstützung nicht fehlen wird, bewies unter anderem die Rede des Hagener Vertreters Cremer, der das Wän- nis seiner Partei im Hagener Wahlkreis mit den Blauschwarzen gegen den Fortschritt durch wütende Ausfälle gegen die Sozial- demokratie zu beschönigen suchte. Aber seine Behauptung, die So- zialdemokratie sei gefährlicher als das Zentrum, entspann sich ein ergebnisloser Streit. — Der Fortschritt erließ ebenfalls einen Wahlausruf, der weiter nicht bemerkenswert ist. Es sei denn, daß fast gleich zu Anfang auf den abgrundtiefen Gegensatz des Fort- schritts zur Sozialdemokratie nachdrücklich hingewiesen wird. So sehen die liberalen Truppen aus, die den schwarzblauen Vlod zer- schmettern wollen! Nun, die Sozialdemokratie hat nie auf sie ge- rechnet.

Der Reichstag stellte vor Löreschluß noch eine Anzahl Ge- setze fertig. Erfreuliches ist bislang nicht darunter. So ist das Hausarbeitgesetz, das die furchtbaren Schäden der Heim- arbeit lindern sollte, unter den Händen der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu einem wirkungslosen Mittelding ge- worden. Die Lohnämter sind gestrichen worden, die den zur Selbst- hilfe durch die Organisation vielfach unfähigen Heimarbeitern und -arbeiterinnen wenigstens halbwegs ausreichende Mindestlöhne sichern sollten — sie sollten das Recht haben, solche Lohnsätze den Unternehmern mit zwingender Gewalt vorzuschreiben, eine Ein- richtung, die sich in England längst bewährt hat —, und damit ist dem ganzen Gesetz das Rückgrat gerochen. Der Fortschritt war bei dieser Gescheßfucherei mit Konservativen, Zentrum und National- liberalen ein Herz und eine Seele. Ebenso stand beim Hilfs- kassengesetz, das die Arbeiterhilfskassen dem Beamtentum aus- liefert, der Fortschritt auf der Seite der Arbeiterfeinde.

Die Neuwahlen zum bayerischen Landtag sollen erst am 5. Februar, also nach den Reichstagswahlen, stattfinden. Zur Auflösung der Kammer hat der Versuch des Zentrums geführt, den Eisenbahnminister abzusagen. Und zwar war der Eisenbahn- minister den Schwarzen nicht mehr genehm, weil er nicht re- aktionär genug war, weil er vor dem Süddeutschen Eisenbahner-

verband nur gewarnt hatte, anstatt den Eisenbahnern die Zugehörigkeit zu dieser Organisation einfach zu verbieten, die doch den christlichen Verband nicht hochkommen läßt. Die schwarze Partei verfolgt unbeirrt ihr Ziel weiter, das Koalitionsrecht der Eisenbahner zu zertrümmern.

Bei den hessischen Landtagswahlen erlangte die Sozialdemokratie noch zwei Mandate, so daß in den neuen Landtag 8, gegen 5 Sozialdemokraten im alten einziehen. Es hätten noch mehr sein müssen, wenn der Fortschritt im Kampfe gegen rechts zuverlässig gewesen wäre. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Schadenersatzklagen der Unternehmer gegen streikende Arbeiter sind heute nicht mehr selten. Und die Zivilgerichte sind in einigen Fällen nicht vor dem Rechtsbruch zurückgeschreckt. Sie haben für den dem ausbeutenden Kapitalisten zugefügten Schaden die Gewerkschaftsverwaltungen haftbar gemacht, obgleich diesen die Rechte einer juristischen Person nicht verliehen sind und die Berufsvereine überhaupt die Rechtsfähigkeit nicht besitzen. Niemand wird erwarten, daß unsere Unternehmer in ihren Ansprüchen auf Schadenersatz die Bescheidenen spielen. Ein unübertreffliches Muster für die Aufstellung der „Verlust“posten hat wohl die Straßenbahngesellschaft in Saarbrücken geliefert. Im September dieses Jahres war in dieser Stadt der Betrieb von einer Anzahl Straßenbahner eingestellt worden, die in der Mehrzahl christlich organisiert sind. Die „Meuternden“ mußten indessen den Streik schon nach fünf Tagen ohne Erfolg abbrechen. Für diese fünf Tage verlangt nun die Straßenbahngesellschaft 15 706,50 Mk. Schadenersatz, den sie durch folgende Einzelposten belegt: Ausfall an Einnahmen ohne Berücksichtigung der verlorenen Abonnements 10 621,80 Mk., Autofahrten 43,70 Mk., Beförderung der Arbeitswilligen 210 Mk., Entschädigung an Arbeitswillige für vermehrte Dienstleistung usw. 3055 Mk., Pension für das von Görde und Braunschweig beordnete Hilfspersonal 130 Mk., desgleichen für das von Breslau beordnete Hilfspersonal 154,20 Mk., Straßenbahn Görde, Reisekosten und Tagelöhner für das abkommandierte Personal 293,50 Mk., Straßenbahn Braunschweig, desgleichen 1688 Mk., Pfändung der Uniformen 192,70 Mk., Generaldirektor Schimpf, Reisekosten Berlin-Saarbrücken 248,05 Mk. Mit noch anderen kleinen Posten beträgt die Gesamtforderung 19 295 Mk., denen an Ersparnissen 3589,30 Mark gegenüberstehen. Der mit Behagen zusammengezählte Betrag soll von 173 Misstäteren aufgebracht werden, die trotz christlicher Demut so vermessen waren, sich gegen kapitalistisches Ausbeutertum aufzulehnen. Fürwahr, die unverfälschte Forderung der Unternehmer sollte den christlichen Arbeitern die Augen öffnen über die von Gott gewollte Ordnung, nach der Knecht bleiben soll, wer Knecht ist.

Je näher das „christliche Friedensfest“ heranrückt, um so lauter erschallt der Waffenlärm auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz. Diese Kämpfe müssen die politische Gärung noch verschärfen; ihr Zusammenfallen mit dem Reichstagswahlkampf zeigt, daß das Proletariat nur auf der Bahn des einheitlichen Massenkampfes zum Ziele seiner Befreiung vordringen kann.

Neben der großen Tabakarbeiteraussperrung und den Lohnkämpfen in der Steindruckindustrie beanspruchen zurzeit die höchste Bedeutung zwei große Ausstände in Berlin. Über die Bewegung in der Berliner Damenkonfektion wird an anderer Stelle dieses Blattes ausführlich berichtet. Die angebrochte Metallarbeiteraussperrung ist Tat geworden. Die Former und Gießereiarbeiter hatten an die Unternehmer sehr bescheidene Forderungen gestellt. So wurden unter anderem für die Hilfsarbeiter 45 Pf. Stundenlohn verlangt. Die Unternehmer aber erklärten einen Stundenlohn von 40 Pf. für „angemessen“. Vielfach wird in den Betrieben noch weniger gezahlt. Eine Versammlung der Streikenden lehnte mit großer Mehrheit eine Vereinbarung ab, die zwischen Vertretern der Arbeiter und Unternehmer getroffen worden war. Daraufhin begannen die Unternehmer am 30. November die angebrochte Aussperrung von 60 Prozent der gesamten Metallarbeiter zu vollziehen. Die Arbeiter sind entschlossen, gegebenenfalls die verbleibenden 40 Prozent aus den Betrieben herauszuziehen, doch ist zurzeit noch keine Entscheidung darüber gefallen. Bei der Aussperrung von 60 Prozent werden im Winter etwa 70 000 Arbeiter auf dem Straßenpflaster liegen. Auch eine kleinere Anzahl Arbeiterinnen, Kernmacherinnen und andere, ist an der Bewegung beteiligt. Kommt es zu einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, so würde diese einen ungeheuren Umfang annehmen, hat doch die

Berliner Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes allein über 80 000 Mitglieder.

Die Tabakarbeiteraussperrung besteht unverändert fort. Die Fabrikanten, die in den ersten Wochen des Kampfes so taten, als berühre sie dieser Kampf nicht weiter, werden mit der Zeit doch unruhig. Sie machen verzweifelte Anstrengungen, wenigstens unter den Sortierern, Fertigmachern und Padern Arbeitswillige zu bekommen, damit sie noch etwas vom Weihnachtsgeschäft retten können. Ihr heißes Bemühen bleibt jedoch erfolglos. So wird die Lage der Unternehmer ziemlich mißlich. An Erzeugnissen mittlerer und höherer Preislage ist bereits Mangel eingetreten. Trotz alledem sind die Unternehmer nicht zum Frieden geneigt, sie wollen die Arbeiterorganisation niederringen. Dies soll und wird ihnen nicht gelingen; ihre Absicht wird zuschanden werden nicht zuletzt dank des Eintretens der gesamten Zentralverbände für die um ein menschenwürdiges Leben kämpfenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen und dank der tatkräftigen materiellen Unterstützung des gesamten deutschen Proletariats.

Die Verhandlungen über einen Tarif für die Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen sind gescheitert. Zwischen Vertretern des Druckereibesitzerverbandes und des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes fanden Besprechungen statt über die Abänderung der seit fünf Jahren bestehenden allgemeinen Bestimmungen, die Ende dieses Jahres ablaufen und die Grundlage bilden für die örtlich abzuschließenden Lohnsätze. Die Anträge der Unternehmer bezweckten fast ausschließlich Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen. Die Herren verlangten eine Verlängerung der Arbeitszeit, ursprünglich um eine halbe Stunde, bedeutende Personaleinsparungen an den Maschinen, Herabsetzung der Überstundenzuschläge, Gaspflicht der Organisation bei Tarifverletzungen und Streichung der bestehenden Solidaritätsklausel, wonach vom Hilfspersonal Streikbrochendienste bei Ausständen verwandter Berufe wegen Ein- oder Durchführung von Tarifen nicht gefordert werden dürfen. Ferner legten die Unternehmer besonderen Wert auf die Streichung einer Bestimmung, wonach bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden dürfen. Darauf konnten die Verbandsvertreter nicht eingehen, worauf die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden.

Wie Ausschreitungen bei Streiks entstehen, darüber konnte neulich recht Bemerkenswertes festgestellt werden. In Zeitzungen wurde gemeldet, daß in Magdeburg eine Massenverhaftung von Streikenden vorgenommen worden sei. Unter Aufgebot vieler Schuppleute war die Streikleitung und mit ihr eine größere Anzahl Ausständiger zur Polizeiwache abgeführt worden. Sie sollten Arbeitswillige belästigt haben. Die bürgerliche Presse brachte graufige Schilderungen der Gewalttätigkeiten durch die Streikenden. Es hatten auch wirklich Zusammenstöße zwischen diesen und Arbeitswilligen stattgefunden, wobei Messer und Schlagring verwendet wurden. Wie sich jetzt aber herausstellt, waren diese Zusammenstöße von einem Polizeispitzel angezettelt worden. Eines Abends machte sich ein Herr an einen Gewerkschaftsangehörigen heran, den er wohl für einen seines Gelichters hielt. Er zeigte seine Karte als Defektiv vor und einen Ausweis über seine Berechtigung, einen Revolver zu tragen. Er meinte, in Magdeburg sei nichts zu machen, die Arbeitswilligen seien hier zu schlapp; in Berlin sei leichter ein Krawall zustande zu bringen. Als der Gewerkschaftsangehörige den sauberen Nichtverhassten lieb, äußerte dieser: „Wenn ich dich jetzt vor meinem Revolver hätte, würde ich dich niederschleichen wie einen Hund.“ Also mit Hilfe von Lockspitzeln werden die Unterlagen für das neue Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter geschaffen. Der Kapitalismus kann ohne die schmutzigsten Tüden und Werkzeuge nicht auskommen. „Heil'ge Ordnung, segensreiche!“ #

5000 Tabakarbeiterinnen im Kampfe. In der deutschen Tabakindustrie tobt augenblicklich ein Kampf, der auch für die proletarischen Frauen die größte Bedeutung besitzt. 5000 Arbeiterinnen kämpfen mit 9000 Männern in musterhafter Haltung gegen die Profitgier und Prozigkeit ausbeuterischer Fabrikanten. Die traurigen Verhältnisse der Tabakarbeiter sind fast sprichwörtlich geworden. Wenn aber in einem Beruf schon die Männer in schändlicher Weise ausgebeutet werden, so kann man sich denken, um wie viel schlimmer es den Frauen ergeht. In der Tat ist das Leben einer Tabakarbeiterin in den allermeisten Fällen nur ein einziger Leidensweg. Die Herren Unternehmer wissen gar wohl, warum sie Frauen beschäftigen, wo es nur geht. Deren Billigkeit und Willigkeit ist ihnen von Anfang an eine reich sprudelnde Quelle des Profits. Dabei verstehen es die Fabrikanten noch trefflich, die Ausbeutung

der weiblichen Arbeitskräfte zu steigern. Das wird schon allein durch den wachsenden Umfang der Frauenarbeit in der Tabakindustrie bewiesen. Von den 209 140 in dieser Industrie beschäftigten Personen waren nach der letzten Berufszählung 123 344 weiblich. Nächste der Zigarettenindustrie beschäftigt die Zigarrenindustrie die meisten Frauen. Ist die Arbeit anscheinend nicht schwer, so ist sie dafür in hohem Maße gesundheitsschädlich. Man denke an die riesige Staubentwicklung, an die giftigen Ausdünstungen von Nikotin. Und die feberhafte Hitze, mit der des geringen Stücklohnes wegen gearbeitet werden muß, steigert die Gesundheitsschädlichkeit dieser Beschäftigung noch mehr. Krankheiten der Atmungsorgane, nervöse Störungen und infolge des anhaltenden Sogens Unterleibskrankheiten sind bei den Tabakarbeiterinnen häufig.

Infolge der einfachen Produktionsmittel und der Möglichkeit, neue Arbeitskräfte leicht anzulernen, wandern die Fabrikanten mit ihren Betrieben von Ort zu Ort, immer dorthin, wo sie die billigsten Auszubehenden finden. Deshalb nimmt auch die Tabakindustrie in den Städten bedeutend ab, und nur der kaufmännische Teil des Geschäfts bleibt noch dort. Auf dem Lande breitet sich dafür die Tabakindustrie immer mehr aus. Die menschenmordende Heimarbeit spielt in ihr eine sehr große Rolle. Nach der letzten Gewerbezahlung von 1907 beschäftigte die Tabakindustrie 34 033 Heimarbeiter und -arbeiterinnen.

Es läßt sich denken, daß unter solchen Umständen die Organisationsarbeit sehr schwer ist. Ist es dem Tabakarbeiterverband gelungen, in einem Orte festen Fuß zu fassen, und schickt er sich an, die Lage seiner Mitglieder durch Forderungen an die Fabrikanten zu verbessern, so sucht der Betrieb ein noch entlegeneres Dorf auf. Ein Bremer Fabrikant hat zum Beispiel überall zerstreut 29 Filialbetriebe. Bei Lohnbewegungen wird die Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe nach Möglichkeit gegeneinander ausgespielt. Trotzdem kommen die beiden in Frage kommenden Organisationen vorwärts: der Deutsche Tabakarbeiterverband und der Sortiererverband. Sie gewinnen an Mitgliederzahl und an innerer Kraft und können einen größeren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben. Beide Verbände hatten am Schlusse 1910 zusammen eine Mitgliederzahl von 87 130, darunter 17 287 Arbeiterinnen. Die beschlossene Verschmelzung der beiden Organisationen wird deren Leistungsfähigkeit erhöhen. Die Gewerkschaft hatte die Aufgabe, die furchtbaren Wunden zu heilen, welche die sogenannte „Finanzreform“ durch die Tabaksteuer den Arbeitern und Arbeiterinnen schlug. Namentlich die Tabakarbeiter des östlichen Westfalens leiden schwer durch die Steuer. Der Jahresdurchschnittslohn in der Tabakindustrie betrug 1910 nach der Tabakberufsgenossenschaft nur 616 M. Er ist sogar gesunken, denn im Jahre 1909 betrug er noch 618 M. Wenn schon der Durchschnittsverdienst so niedrig ist, so kann man sich vorstellen, wie gering der Lohn der Arbeiterinnen sein muß! Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen sind in Westfalen durch die Tabaksteuer aus der Industrie gedrängt worden. Und von den noch Beschäftigten hat jeder und jede im Jahre nach der Steuer durchschnittlich 53 Arbeitstage wegen Arbeitsmangel verloren. Zu alledem denke man sich noch die Wirkung der Teuerung!

Wo ausgedehnte Heimarbeit ist, steht natürlich auch die Kinderarbeit in Blüte. So wurden früher in der Heimarbeit der westfälischen Tabakindustrie neben den eigenen Kindern noch vielfach fremde Kinder mit der Zurichtung des Tabaks beschäftigt. Das Kinderschutzgesetz hat mit diesem Zustand aufgeräumt. Damit waren die Tabakarbeiter wohl einverstanden. Für das Zurichten mußten sie jedoch Erwachsenen höhere Löhne zahlen. Diese wollten sie von den Fabrikanten zurückerstattet haben. Die Herren weigerten sich dessen. Die Heimarbeiter mögen sehen, wie sie den Profit der Fabrikanten herauschinden.

War es unter solchen Umständen etwa verwegen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen kaum zehnpromzentige Lohnaufbesserungen verlangten? Als in einigen Betrieben die Forderungen erhoben wurden, lehnten die Fabrikanten sie prozig ab. Damit nicht genug. Sie wollten die armen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen durch die Aussperrung aller Organisierten für immer zu Boden drücken. Das ist ihnen bis jetzt nicht gelungen. Mit den Männern zusammen sind die Frauen und Mädchen der westfälischen Tabakindustrie zu Tausenden aufgestanden. Die Organisation ist durch das Scharfmachertum nicht geschwächt, sondern gestärkt worden. Da auch Bremer und Hamburger Firmen in Westfalen Filialbetriebe haben, so hat der Kampf sich auf diese Städte ausgedehnt. Seit dem 14. Oktober hält die Arbeiterschaft in unerschütterlicher Treue und Disziplin aus, und das Ende des Ringens ist noch nicht abzusehen. Die 5000 tapferen Frauen und Mädchen sind ein lebendiger We-

weis dafür, daß der Samen der Aufklärung nicht vergebens unter den Proletarierinnen ausgesät wird. Das Bemerkenswerteste ist, daß es sich nicht um großstädtische oder überhaupt um städtische Arbeiterinnen handelt, von denen man klareres Klassenbewußtsein und damit auch größere Widerstandskraft gegen das ausbeutende Kapital erwarten kann. Zum großen Teil sind es Heimarbeiterinnen, die zerstreut, oft in entlegenen Dörfern wohnen und selten Zeit und Gelegenheit haben, sich mit ihren Klassengenossen und -genossinnen zu verständigen. Wenn solche Arbeiterinnen sich erheben, so kann man sich einen Begriff machen, wie groß die Ausbeutung und wie stark die Erbitterung sein muß.

Es darf in diesem Kampfe nichts anderes als den Sieg der Ausgesperrten geben. Eine Niederlage würde auf lange Jahre den Aufstieg dieser geschundenen Arbeiterschicht verhindern. Die Organisation wird alles daransetzen, den aussperrenden Fabrikanten ihre Gelüste und Läden ein für allemal abzugewöhnen. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat die gesamte deutsche Arbeiterklasse zu Sammlungen, zur Hilfe aufgerufen. Der letzte Gewerkschafts-Kongress hat beschlossen, daß die Tabakarbeiter in ihrem schweren wirtschaftlichen Kampfe dadurch zu unterstützen sind, daß Arbeiter nur Tarifwaren verbrauchen. Solche Beschlüsse zeigen, daß die Sache der Tabakarbeiter die Sache aller Proletarier ist.

Die Genossinnen müssen dazu beitragen, daß 5000 ihrer Schwestern nicht vergebens seit langen Wochen entbehren und kämpfen. Sie müssen durch tatkräftige Unterstützung dazu beitragen, daß ein Sieg gegen das Kapital erfochten wird. Die 5000 Tabakarbeiterinnen zeigen, daß heute die Proletarierinnen selbst unter den schwersten Opfern für ihre wirtschaftliche, und sehen wir gleich hinzu politische Befreiung kämpfen. Es ist ein grundsätzlicher Kampf, den sie an der Seite ihrer Brüder ausfechten, ein Kampf um das Recht der Organisation! Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, vergesst eure 5000 kämpfenden Schwestern nicht! g. n.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Und immer noch die Braunschweiger Polizei im Kampfe gegen die Dienstbotenorganisation. In Nr. 23 der „Gleichheit“ hatten wir berichtet, daß die Vorsitzende unserer hiesigen Dienstbotenorganisation wegen Nichtanmeldung einer angeblich öffentlichen und politischen Versammlung wiederum freigesprochen worden war. Das herzogliche Schöffengericht hatte am 13. Juli dieses Jahres auf Antrag des Amtsanwalts und des Verteidigers das freisprechende Urteil gefällt, und mehr noch: dem Antrag des Verteidigers entsprechend hatte es auch sämtliche Kosten übernommen! Ausdrücklich wurde als festgestellt angesehen, daß von der Veranstaltung einer öffentlichen und politischen Versammlung nicht die Rede sein könne, auch der Vortrag „Die Frau und der bunte Rock“ sei nicht als politisch zu betrachten. Aber — der Mensch denkt und die braunschweigische Polizei lenkt. Eines schönen Tages legte der Amtsanwalt gegen das freisprechende Urteil Berufung ein, trotzdem er selbst den Freispruch beantragt hatte! Nun hatte sich die Braunschweiger Strafkammer mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Der Verteidiger erklärte es für sehr sonderbar, daß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt worden sei, und übte scharfe Kritik gegen ein solches Verfahren. Er wies nochmals nach, daß die „gesetzwidrige“ Versammlung nur für Mitglieder des Verbandes bestimmt und die Kontrolle deshalb weniger streng gewesen sei, weil die Mitglieder sich untereinander persönlich kennen. Der unpolitische Charakter des Vortrags sei nicht nur vom Referenten, sondern sogar von den Polizisten Müller und Schulze bekundet worden. Es müsse die Verwerfung der Berufung erfolgen. Der Staatsanwalt sah wohl seine Felle davonschwimmen. Er stellte deshalb die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts. Dieses lehnte dem Antrag des Verteidigers gemäß die Berufung ab und das unter Aibernahme sämtlicher Kosten, auch der des Verteidigers, auf die Staatskasse! In der Urteilsbegründung wurde abermals betont, daß es sich zwar um eine öffentliche, aber nicht um eine politische Versammlung handle. Auch wenn politische Angelegenheiten erörtert worden wären, so müßte die Angeschuldigte von der Anklage freigesprochen werden, eine unerlaubte Versammlung veranstaltet zu haben. Sie konnte ja vorher nicht wissen, was der Referent ausführen werde. Aber auch als Leiterin der Versammlung müsse sie freigesprochen werden. Selbst wenn der Referent einige kurze Bemerkungen politischer Natur eingeflochten hätte, sei es ihr nicht möglich gewesen, einzugreifen. So hat abermals die

braunschweigische Polizeiaktion gegen die Dienstbotenorganisation kläglich geendet. Das „liberale“ Reichsvereinsgesetz wird von der hiesigen Polizei „liberal“ gehandhabt. Die liberalen „Blockbrüder“ der Konservativen scheinen bei der Gestaltung des Gesetzes den „gesunden Polizeigeist“ nicht nach Gebühr geschätzt zu haben. Strebsame Juristen können sich über den „wahren Sinn“ des Reichsvereinsgesetzes Rat und Auskunft bei der Braunschweiger Polizei holen. Die weiß immer, welches der richtige Sinn ist, wie Figura zeigt. Es ist dies erklärlich. Braunschweig liegt bei Schöppenstedt, und Eulenspiegels Laten müssen in seiner zweiten Heimat auch heute noch nachgeahmt werden. Neue Strafmandate sind schon wieder von der Polizei gegen die Leiterinnen unserer Dienstbotenorganisation erlassen worden, und wir werden zu gegebener Zeit hierüber berichten. Rudolf Vogler, Braunschweig.

Landarbeiterfrage.

Mutterschuh auf dem Lande. Bei dem Gutsbesitzer Jffland in Milmersdorf bei Templin steht eine Landarbeiterfamilie in Arbeit. Die Frau mußte sich vor kurzem einer schweren Unterleibsoperation unterziehen. Seither hat ihre Arbeitsfähigkeit erklärlicherweise sehr nachgelassen. Die arme Frau konnte sich nicht mehr so oft wie sonst auf dem Hofe zur Arbeit melden. Am 13. Juli begegnete ihr auf der Chaussee der Bruder des Besitzers, der auf dem Gute als Verwalter tätige Kurt Jffland. Er herrschte sie an, weshalb sie nicht zur Arbeit komme. Die Frau entgegnete, sie habe jede bei ihrem Zustand mögliche Arbeit auf dem Gute verrichtet; schwere Arbeit könne sie in Folge ihrer Operation nicht mehr verrichten, wie der Herr ja wisse. Darauf schnauzte sie der Herr Verwalter an: „Ich sch... in eure Operation, faule Sau, faules Schwein,“ und ritt gegen die Frau an, so daß diese sich nur mit waghalsig vorgehaltener Hacke vor den Hufen des tanzenenden Pferdes und den Hieben mit der Reitpeitsche schützen konnte. Da der rohe Geselle der Frau so nicht beikam, sprang er vom Pferde und schlug auf die Frau ein, bis sie im Straßengraben lag. Er ließ erst von der Bedauernswerten ab, als der Gemeindevorsteher von Bebersee in Begleitung seiner Tochter und einer Frau auf einem Wagen dahertam und sich ins Mittel legte. Der Herr Verwalter war höchst entrüstet, daß man ihn bei seinem Erziehungswerk zu stören wagte. Den Gemeindevorsteher, der sich als Amtsperson zu erkennen gab, fuhr er an, „das gehe ihn gar nichts an, was hier geschehe“. Die geprügelte kranke Frau schleppte sich nach Hause, nachdem ihr der Gemeindevorsteher versprochen hatte, er wolle Anzeige erstatten. Nach kurzem schrieb er der Frau, sie solle sich mit der Strafanzeige an den zuständigen Gendarmen wenden. Dieser wies die Frau jedoch kurz ab mit dem Bescheid, daß sei nicht seine Sache.

Das ist ein Beispiel der vielgepriesenen Fürsorge der Herren Agrarier für ihre Arbeiterfrauen, die durch das Mutterwerden und die harte Arbeit vor der Zeit der Arbeitsunfähigkeit verfallen. Mißhandlungen und schwere Beschimpfungen, von den zuständigen Behörden aber keinen Schutz und kein Recht. Das nennt sich patriarchalisches Verhältnis! Landwirtschaftliche Lohnsklaven und Lohnsklavinnen erwacht! Organisiert euch! Rechnet bei den Wahlen mit euren Peinigern ab!

g. sch.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrs wesens.

Wucherpolitik und Arbeiterinnenelend. Ein ungewöhnlich starker Andrang weiblicher Arbeitskräfte gab dem Arbeitsmarkt im Oktober dieses Jahres sein besonderes Gepräge. Es ist auch eine sehr starke Zunahme der Einstellung gewerblicher Arbeiterinnen erfolgt. Das kommt in der Mitgliederbewegung der Krankenkassen zum Ausdruck. Das „Reichsarbeitsblatt“ macht, soweit vergleichbare Zahlen vorliegen, folgende Angaben: Vom 1. November 1910 bis zum 1. November 1911 stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 168 575 auf 3 544 192, die der weiblichen Mitglieder um 75 769 auf 1 539 184. Der Zunahme um 5 Prozent bei den männlichen Mitgliedern steht eine solche um 5,2 Prozent bei den weiblichen Kassenmitgliedern gegenüber. Die Veränderung des Mitgliederbestandes im Oktober dieses Jahres zeigt ein wesentlich anderes Ergebnis; die Zahl aller männlichen Kassenmitglieder, das heißt mit Einschluß der in Folge Krankheit Arbeitsunfähigen, die in den obigen Zahlen nicht einbezogen sind, stieg von 3 792 069 auf 3 799 633, die der weiblichen jedoch von 1 789 142 auf 1 831 728. Dieser Zunahme um 42 586 Mitglieder steht bei den männlichen Versicherten eine solche um nur 7564 gegenüber.

Es ist demnach eine erhebliche Mehrereinstellung weiblicher Arbeitskräfte erfolgt! Trotzdem konnte das ganze Angebot solcher nicht untergebracht werden, viele der Beschäftigung suchenden Mädchen und Frauen blieben arbeitslos. Es muß jetzt für die „Gnädigen“ eine Lust zu leben sein, denn den vielbejammerten Dienstbotenmangel löste ein großer Dienstbotenüberfluß ab. Das stellen fast alle Arbeitsnachweise fest. Wir entnehmen zur Beleuchtung der Lage ihren Berichten einige beachtenswerte Bemerkungen. Der Verband märkischer Arbeitsnachweise schreibt: „Ganz ungewöhnliche Züge weist der Arbeitsmarkt für weibliches Hauspersonal in Berlin und Vororten auf; es herrscht nämlich ein augenblicklicher Überfluß an Dienstboten, besonders in der zweiten Hälfte des Monats, wenngleich es an gelerntem mangelte. Andererseits ist die Nachfrage seitens der Hausfrauen zurückgegangen. Das reichliche Angebot von weiblichem Hauspersonal ist auf die lange Dauer der Saison, vor allem aber auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, die vielen Hausfrauen die Haltung von Dienstboten, wenigstens zu den geforderten Bedingungen, erschwerte. Auch die Nachfrage nach weiblichem Aushilfspersonal ist schwach.“ Aus Kassel meldet der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband: „In Kassel herrschte im Berichtsmonat starker Andrang von Mädchen für häusliche Dienste, hauptsächlich vom Lande, und zwar von solchen, die noch nicht gedient hatten. Die Mädchen konnten zum größten Teil nicht untergebracht werden.“ Der Verband der bayerischen Arbeitsnachweise berichtet folgendes: „Der bisher konstatierte Mangel an weiblichen Dienstboten hat sich im Berichtsmonat derartig behoben, daß die Stellensuchenden überwogen. Die Stellenangebote für Dienstmädchen, Wasch- und Putzfrauen sind bedeutend zurückgegangen. Es tritt hier die Erscheinung zutage, daß Dienstherrschaften ihren Bedarf auf das allernötigste beschränken, während jetzt in Dienststellen Personen unterkommen wollen, welche bisher ihren Unterhalt in anderen Verufen sich verschafften oder überhaupt noch nicht gezwungen waren, einem Erwerb nachzugehen.“ Der Bericht aus Würtemberg konstatiert: „In der Gruppe 24 Sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste zeigte sich sogar nach langer Zeit ein Überschuß von arbeitssuchenden Dienstboten, Putz-, Lauf- und Monatsfrauen gegenüber dem Stellenangebot.“ Aus dem Großherzogtum Baden wird berichtet: „Bei der Vermittlung weiblicher Personen ist infolge vorerwähnten Zugusses vom Lande das schon im Vormonat da und dort beobachtete Überangebot von stellensuchenden Arbeitskräften noch größer geworden, so daß von einem Dienstbotenmangel fast nirgends mehr gesprochen werden kann. Allerdings haben viele der Vorsprechenden noch nicht gedient.“

Welches sind die Ursachen dieser auffälligen Erscheinung? Einige Berichte sprechen sich darüber aus: starker Zugang vom Lande! Warum aber stößt das Land gerade jetzt so viele Arbeitskräfte ab? Weil die Teuerung, eine Folge der glorreichen Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, den kleinen Besitzern und Landarbeiterfamilien die Existenzmöglichkeiten so erschwert, daß nun zum Dienst in die Stadt auch Hauskinder wandern mußten, die bisher noch nie genötigt waren, eine Stelle als Dienstbote zu suchen. Weil jedoch die Großgrundbesitzer bei den Teuerungsverhältnissen großartig gedeihen, soll an unserem „bewährten Wirtschaftssystem“ nichts geändert werden. Die Feldarbeiterzentrale berichtet, daß in diesem Jahre die ausländischen Arbeitskräfte es mit der Heimkehr sehr eilig gehabt hätten. Das agrarische Institut führt diese Erscheinung auf bessere Arbeitsbedingungen in Rußland und Österreich zurück, die Hauptursache deutet es mit folgender Bemerkung an: „Auch mag die in Deutschland gegenwärtig herrschende Verteuerung der Lebensmittel nicht ohne Einfluß gewesen sein.“ Nun rücken gar schon die bedürfnislosen Russen und Polen aus, die paradiesischen Verhältnisse in Preußen-Deutschland sind ihnen zu schlecht!

Der plötzliche Andrang und die gesteigerte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in der Industrie kann für die Arbeiterinnen und auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen unerwünschte Folgen haben. Daß die ungnädigen Gnädigen aus Freude über die geschwundene „Dienstbotennot“ die menschenunwürdigen Dienstverhältnisse verbessern, wird wohl kein Mensch glauben. Die gewerblichen Unternehmer haben auch nicht aus Mitleid mit den armen Frauen und Mädchen die Zahl der Arbeiterinnen vermehrt; o nein! Sie stellen billigere Arbeitskräfte ein, um ihren Profit zu steigern, die durchschnittliche Lohnhöhe möglichst zu senken!

So peinigt und schädigt die Lebensmittelwucherpolitik das Volk von allen Seiten. Selbstverständlich dürfen sich die Bedrohten

und Geschundenen dem ihnen von den herrschenden Klassen bescherten Geschick nicht geduldig fügen. Notwendig ist ihr Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation, damit diese den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfolgreich aufnehmen kann. Unbedingt notwendig ist aber auch der Anschluß an die politische Organisation des Proletariats. Notwendig ist ferner, daß die Arbeiterinnen mit der festen Entschlossenheit, den Sturz der Lebensmittelwucherer herbeiführen zu helfen, in den Wahlkampf eingreifen.

Nieder mit den Volksfeinden, nieder mit der Reaktion, muß auch für die Arbeiterinnen die Losung sein! w. d.

Frauenstimmrecht.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht in England schlägt augenblicklich wieder hohe Wogen. Den Anstoß dazu gab eine Erklärung des Ministerpräsidenten Asquith, daß die Regierung im nächsten Jahre eine Wahlrechtsvorlage einzubringen beabsichtige, nach der jeder Mann über 21 Jahre das Stimmrecht erhalten solle. Das Pluralstimmrecht müsse fallen und überhaupt der ganze bestehende Wahlrechtswirrwarr hinweggesetzt werden. Was das Frauenstimmrecht anbelange, so siehe er noch auf seinem ablehnenden Standpunkt. Doch werde die Vorlage in einer Gestalt eingebracht, die es dem Parlament ermögliche, die Einführung dieser Reform durch ein Amendement zu beschließen. Wie Figura zeigt, hat die vielgerühmte Demokratie des liberalen Asquith ein großes Loch. Und in diesem Loch kann sich die ärgste Reaktion einnisten. In der Tat: indem die Regierung darauf verzichtet, das nämliche allgemeine Wahlrecht unterschiedslos für beide Geschlechter festzulegen, schafft sie nur den Reaktionen jeder Couleur die ersehnte Gelegenheit, das allgemeine Wahlrecht für die Männer durch ein beschränktes Frauenwahlrecht zu verhandeln und zum Teil „unschädlich“ für die Bestehenden zu machen. Das vorn feierlich zum großen Tore hinausgeworfene Pluralwahlrecht der Reichen würde in Wirklichkeit durch das Hintertürchen wieder herein-spazieren. Aber wer weiß? Vielleicht ist das gerade die Wirkung, die die liberale Regierung im geheimen ersehnt. Doch wie dem auch sei, selbsterklärend erscheint in der gegebenen Situation das eine: daß alle, denen es ernst mit der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ist, nun mit höchster Energie für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts kämpfen. Das würde ja auch der Formel entsprechen, welche die Frauenrechtlerinnen bisher als allein heilig beschworen haben: das Wahlrecht für die Frauen unter den gleichen Bedingungen, wie es die Männer besitzen. Aber die englischen Suffragettes handeln anders. Statt für das gleiche Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechtes einzutreten, wenden sie sich wütend gegen das allgemeine Männerwahlrecht und rufen nach wie vor nach einem beschränkten Frauenwahlrecht. Überzeugender hätten sie nicht den Nachweis erbringen können, daß sie ein Sammelsurium sind von reaktionären Damen, welche bewußt die Geschäfte der Konservativen besorgen, und von Konfusionsrätinnen, die das in ihrer politischen Unreife unbewußt, aber nicht mit minderm Eifer tun. Das antidemokratische Ziel ihres Kampfes brandmarkt sie schärfer als das Fenster einwerfen, das zu ihren vornehmsten „Kampfmethoden“ gehört.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die Agitation unter den proletarischen Frauen von New York wollen die Genossinnen dort mit Nachdruck betreiben. Am 29. Oktober hielten sie eine gut besuchte Versammlung ab, die vom Frauenkomitee der Partei einberufen worden war, um die Mittel und Wege zum Zwecke einer ausgedehnteren Propaganda zu besprechen. Obgleich seit einigen Jahren eine rege Tätigkeit entfaltet wird und eine Anzahl Genossinnen unermüdet im Dienste der Partei gewirkt hat, müssen wir doch das betrübende Geständnis ablegen, daß wir in New York die Masse der Arbeiterinnen noch nicht erreicht haben. „Wie erreichen wir sie?“ lautet darum die Frage, auf welche die einberufene Versammlung eine Antwort geben sollte. Vom Frauenkomitee wurde ein Plan unterbreitet, der die Schaffung einer Zentralstelle empfahl, um die bisher planlose Agitation regeln und systematisch betreiben zu können. Der Vorschlag fand fast allgemeine Zustimmung, seine Verwirklichung wurde aber wegen Mangels an den nötigen Geldmitteln einstweilen hinausgeschoben. Beschlossen wurde hingegen die sofortige Anstellung einer besoldeten Organisationskraft, die ihre ganze Zeit

und Arbeitskraft der sozialistischen Organisation unter den Frauen, besonders unter den Arbeiterinnen, widmen soll. M. L. St.

Die Gleichberechtigung beider Geschlechter in der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten ist kein leeres Wort, sondern Praxis. Für die diesjährigen Herbstwahlen wurden in verschiedenen Städten Genossinnen als Kandidatinnen für städtische Ämter aufgestellt, so Pauline M. Newman in Philadelphia und Elisabeth Dutcher in Brooklyn, beides Frauen, die nicht nur in der Partei bestens bekannt sind, sondern auch in der Gewerkschaftsbewegung Tüchtiges geleistet haben. Außerdem findet jetzt kaum eine große sozialistische Wahlversammlung statt, in der nicht mindestens eine Rednerin das Wort ergreift, um besonders die Wichtigkeit der Propaganda für das Frauenstimmrecht zu betonen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die amerikanische sozialistische Frauenbewegung überhaupt erst vor wenigen Jahren ins Leben gerufen wurde, so dürfen wir wohl befriedigt den Genossinnen anderer Länder berichten: unsere Bewegung macht glänzende Fortschritte. M. L. St.

Frauenbewegung.

Ein Reichstagswahlausschuß der liberalen Frauen von Groß-Berlin ist gegründet worden. Er soll besonders dahin wirken, daß den Liberalen nicht der erste Berliner Wahlkreis entzogen wird, der einzige der hauptstädtischen Wahlkreise, der noch im Reichstag eine bürgerliche Vertretung hat. Das Wirken des Ausschusses richtet sich mithin gegen die Sozialdemokratie, denn sie ist es, die das Mandat des pflaumenweichen Liberalismus beziehungsweise Fortschritts bedroht. Im allgemeinen — von dem Fährlein der sieben Aufrechten abgesehen, das zur Demokratischen Vereinigung hält — wird heute die politische Betätigung der bürgerlichen Frauen ihre Spitze gegen den „Umsturz“ kehren. Der gegründete Ausschuss wird besondere Sitzungen zur Orientierung und Schulung der liberalen Frauen veranstalten. Die Anmeldungen zur Mitarbeit sollen zahlreich bei Fräulein Wischniewska einlaufen, deren Namen schon deutlich genug besagt, daß es gegen die Sozialdemokratie geht. Wird die aber erschrecken, wenn das frauenrechtlerische Fährlein wider sie austrückt!

Die Zahl der deutschen Ärztinnen ist nach der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Sie betrug 1908: 55; 1909: 69; 1910: 102. Die meisten Ärztinnen praktizieren in Berlin, nämlich 32, dann folgen München, Frankfurt a. M. und Dresden mit je 6, Hamburg mit 4 usw. In 10 Städten des Reiches sind je 2 Ärztinnen tätig, in 28 je eine. Auch die Zahl der Studentinnen der Medizin hat erheblich zugenommen. Sie stellte sich im Wintersemester 1909/1910 auf 371, im Sommer 1910 aber auf 512. Wie bedenklich wackelte nicht der Philisterkopf, als die ersten Frauen in Deutschland Zulassung zum Studium und der Ausübung der Medizin begehrten! Die Zahlen erweisen, wie rasch sich ihre Forderung durchgesetzt hat. Das ist nur möglich geworden, weil unwiderstehliche Kräfte die Gesellschaft, die Stellung der Frau in ihr und damit unser geistiges Sein umwälzen.

Zur Versendung liegen bereit:

Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1910/1911

in einfacher, aber guter Ausstattung.

- Die Decke in 4° für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen.
- Die Decke in 8° für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei Einzelbestellungen 30 Pfennig mehr für Porto.

Seiteblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken gratis beigegeben.

Es empfiehlt sich, die Bestellungen bald an den Verlag gelangen zu lassen. Die organisierten Genossinnen sollten dafür sorgen, daß die Neuvergabe in den weitesten Leserkreisen bekannt wird. — Decken des Jahrgangs 1908/1910 sind noch vorrätig.

Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Expedition der Gleichheit.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Reiff (Sundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Dieb Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.